

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustration Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: Band 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 5. August 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Brotfrage.

Agrarier oder Bäcker — welcher von beiden soll zum Vortheil des Brotes geopfert werden?

Die städtisch-industriellen Schichten haben oft genug eine unerbittliche Kritik an der Rückständigkeit unseres Getreidebaues geübt, die dem Volke das notwendigste Lebensmittel maßlos verteuere, und die der Schutzölle nur bedürfte, weil sie sich gegen eine kapitalistisch-moderne Bodenbearbeitung krampfhaft sträubte. Die Agrarier haben ebenso oft den Spieß umgekehrt und zu zeigen versucht, daß selbst bei den von ihnen erstrebten Kornpreisen die Brotkonsumenten sich recht wohl fühlen könnten, wenn nur die vorzüchliche Brotherstellung nicht gar zu hohe Preisaufschläge herbeiführe.

Wir müssen als unparteiische Dritte beiden streitenden Theilen recht geben: die vernünftige Großproduktion, wenn zunächst auch nur in kapitalistischer Form, hat nach beiden Seiten noch einen unendlich großen Schaffenskreis vor sich.

Für die Bäckerei führt das soeben wieder Freiherr zu Weichs-Glon in einer Schrift über „die Brotfrage und ihre Lösung“ aus (Leipzig, Dunder u. Humblot). Er wandelt dabei zum Theil in den Spuren des steierischen Stumm- und Bäckereibesizers W. Till, mit dem Rudolf Meyer auch sozialdemokratische Leser bekannt zu machen versucht hat. Till hat schon seit 1877 wiederholt verlangt: der Staat möge alljährlich den Getreidepreis bestimmen und zu diesem Preise das gesammte Getreide von den Landwirthen übernehmen. Außerdem habe der Staat auch die Broterzeugung rationell in großen Betrieben zu besorgen, ohne jedoch hieraus Vortheil zu ziehen. Dadurch würde man einerseits die zahlreichen, schmachvollen Mißstände im Bäckereigewerbe, die unerhörte Ausbeutung der Arbeiter, die gesundheitswidrige und ekelhafte Art der Bereitung des Brotes beseitigen, andererseits die Beschaffung billigen Brotes bei ständig hohen Getreidepreisen ermöglichen. Till hat für seine Anschauungen unermüdet Anhänger zu werden versucht, so auch auf dem internationalen Agrarkongress in Budapest, auf dem die „grüne Internationale“ das ganze festländische Europa zum gemeinsamen Kampf gegen den überseeischen Feind und die goldene Internationale der heimischen Produzenten aufzurufen versuchte. Till bemühte sich hier nachzuweisen, daß in Oesterreich-Ungarn allein gegenwärtig etwa 140 Millionen Gulden für Brot jährlich zu viel gezahlt würden:

„Um die Größe der Differenz zwischen dem gegenwärtig bestehenden Getreidepreise und dem Brotpreise darzulegen, fordere ich das Recht, das Brot in allen Städten und Märkten in ganz Oesterreich allein erzeugen zu können. Ich bin bereit, das Getreide zum Weltmarktpreise zu bezahlen und auch denselben Brotpreis und dieselbe Brotqualität einzuführen, wie solche heute besteht, so zwar, daß die Landwirthe nicht weniger erhalten als bisher, und die Stadtbewohner nicht mehr für Brot bezahlen als gegenwärtig. Ich fordere dieses Recht für 20 Jahre. Nach 10 Jahren frage ich den Reichstag, ob er nicht als Kaiser zu mir gehen wolle; denn es ist gut, wenn man einen Kaiser hat, der auch etwas Reuektion geben kann. Nach 20 Jahren bezahle ich aus dem Ertragniß des Brotesgeschäftes die ganze österreichisch-ungarische Staatsschuld im Betrage von circa 3000 Millionen Gulden und ziehe mich mit dem Rest von circa 1000 Millionen auf den Sommer zurück.“

Die Einzelheiten der Till'schen „Veränderung“ — der österreichische Föderalismus ist auch an diesem schönen Namen schuld — kümmern uns hier ebenso wenig wie die Weichs-Glon'schen Pläne. Dagegen ist die eingehende, mit vielen Zahlen belegte Kritik des heutigen Bäckereibetriebes für uns von Werth, weil sie zugleich eine vernichtende Kritik der Grundlehre aller kapitalistischen Sykophanten enthält: daß nämlich die bestehende Produktionsweise alle ihre schädlichen Wirkungen reichlich ausgleiche, weil sie die denkbar höchste Steigerung aller Produktionskräfte hervorbringe. Wo ist diese Steigerung in einem der ausgedehntesten Gewerbe geblieben? Liebig bezeichnete die Bäckerei mit Recht als ein Gewerbe, an dem die Kultur noch gar nicht gelebt habe. „Kein Industriezweig — schreibt Karl Marx — hat eine so alterthümliche, ja, wie man aus den Dichtern der römischen Kaiserzeit ersehen kann, vorchristliche Produktionsweise bis heute beibehalten, als die Bäckerei.“ Nach wie vor geschieht die Zubereitung des wichtigsten Nahrungsmittels zum Theil in der primitivsten, unsaubersten Weise mit Händen und Füßen in Räumen, die allen gesundheitlichen Anforderungen Dohn sprechen, unter Arbeitsbedingungen, die man am Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts für unmöglich halten sollte:

Nach der 1892 stattgehabten Enquete der deutschen Reichskommission hatten nur fünf Prozent aller befragten Betriebe, und zwar fast ausschließlich in Nordwest-Deutschland, Teigmehlmaschinen (geschlossene Trommeln oder offene Tröge, in denen mit Stäben oder Schaufeln verriebene Wellen bewegt werden, deren Bedienung übrigens, wenn sie nicht durch Motoren geschieht, gleichfalls große Anstrengung erfordert). Teigmehlmaschinen hatten 49,4 pCt. der Betriebe.

In den ungefähr 700 Bäckereibetrieben, die sich befinden nach Till höchstens ein Duzend, also 1,6 pCt. Aneinanderreihungen, eine Maschine zur Bereitung des Sauerteiges und eine Maschine zum Formen großer Brote.

Zum Formen der kleinen Weißbrote, sowie zur Erzeugung des sogenannten „Dampfes“ für Weißbrote stehen jedoch keine Maschinen in Verwendung. Ebenso finden wir zum Theil noch alte Backöfen, bei denen das Holz- oder Torffeuer im Backraum selbst brennt.

Weichs-Glon, der selber in einer Lebensmittel-Genossenschaft, die zugleich eine eigene Brotbäckerei besitzt, mitthätig ist, berechnet nun einmal die „Backspesen bei 100 Kilo Mehl in großen Broten (Gausbrot)“. Er kommt dabei „bei gutem Betriebe“ auf eine Ersparnis von 40 pCt.; „würden noch Rabatt und Gewinn entfallen, so sinken die Gesamtspeisen gar um 45 pCt., die im Großbetrieb und bei vermehrter Maschinenverwendung wohl auf 50 pCt. gebracht werden können.“ Bei den Kapseln und Semmeln schätzt er alsdann bei „rationeller Backart“ die Ersparnis gegen die heutigen Herstellungskosten auf 47 pCt., die im Großbetrieb vielleicht auf 60 pCt. gebracht werden könnten. „Diese Ziffern werden natürlich da und dort Abänderungen erfahren; für den Durchschnitt dürften sie jedoch zutreffend sein. Dafür sprechen schon die Erfolge, welche die an einzelnen Orten errichteten Großbäckereien beziehungsweise Brotfabriken und die Bäckereien von Genossenschaften erzielt haben. Hierbei kommt noch zu erwägen, daß auch bei den bestehenden Brotfabriken Maschinen immerhin erst in beschränktem Maße Eingang beziehungsweise Anwendung gefunden haben, weil eben für viele Manipulationen überhaupt noch keine Maschinen erfunden sind. Bei den Genossenschaftsbäckereien hingegen, die meist nur kleine oder mittlere Betriebe sind, welche eine umfangreichere Maschinenverwendung an sich schon verbieten, kommen im wesentlichen nur die ganz überflüssigen Theile der Backspesen in Wegfall. Und doch werden, wie gesagt, schon dadurch bedeutsame Erfolge erzielt, welche gleichzeitig eine Bestätigung für die früher angegebenen Ziffern bilden.“

Weichs-Glon hält es sonach für möglich, die bestehenden Bäckereien anständig abzulösen, dem Bauer einen weit höheren Preis für sein Korn — soweit es zur Broterzeugung dient — zu geben, den Bäckerei-Arbeitern zu einem menschenwürdigen Lohne zu verhelfen und dabei auch noch die großen Hausbrote, das eigentliche Volksbrot, viel billiger zu liefern, während die kleinen Weißbrote, die vornehmlich von den wohlhabenderen Klassen genossen werden, den alten Preis behalten und durch den außerordentlichen Gewinn bei ihrer Herstellung das Volksbrot mit verbilligen helfen sollen. Staat und Gemeinde würden sich in die ihnen gestellte, ehrenvolle Aufgabe zu theilen haben, der eine als Geldgeber, der andere als eigentlicher Produzent.

Wir möchten nun freilich nicht alle diese Rechnungen unbesehen gelten lassen. Aber wenn sie auch nur theilweise zuträfen, wärd eine vernichtende Anklage gegen die Arbeitsverschwendung unter der vielgerühmten kapitalistischen Produktionsweise würden sie enthalten! Und wenn der irrationelle Bäckereibetrieb werth ist, daß er zu Grunde geht, warum dann Halt machen vor der irrationellen Getreideproduktion? Warum den Bäcker enteignen und den Junker subventioniren?

Judeh, mögen die Agrarier und Bäcker weiter ihren Strauß ausfechten. Wir werden als ladende Dritte die Diebe verzeichnen, mit denen sie nicht nur sich selber, sondern auch den blöden Glauben an die beste aller Gesellschaftsordnungen treffen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. August.

„Die Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“, ist augenscheinlich auch in unseren Agrariern wirksam. Das ersehen wir aus einem Nothschrei über den großen Aufschwung des Margarinegeschäfts seit Erlass des Margarinegesetzes. Seit dieses Gesetz, das bekanntlich den Verbrauch von Margarine vermindern und den Preis der Butter zum Vortheil der Agrarier künstlich erhöhen sollte — seit dieses Gesetz in Kraft steht, so jammern die Agrarier, hat der Margarinekonsum riesig zugenommen. Natürlich. Denn die agrarische Agitation gegen die Margarine war die beste Reklame für die Margarine. Vielleicht versuchen die Herren es mit einer neuen „Bewegung“.

Keinlich die Gänse des römischen Kapitols Sieger geblieben sind über die Gallier, so sind die russischen Gänse Sieger geblieben über die ostelbischen Agrarier und sie nuzen ihren Sieg mit raffinierter Geschicklichkeit aus wie die besten Strategen. Eine riesige Gänse-Invasion findet bereits statt — eine Einfuhr, welche die aller früheren Jahre weit hinter sich zurückläßt, und die Folge ist eine Fleischverbilligung statt der erstrebten Fleischvertheuerung. Der deutsche Junkerfeldzug gegen die russischen Gänse war eine vorzügliche Reklame für die russischen Gänse.

Einen ähnlichen Erfolg dürften die Junker von ihrem Feldzug gegen die amerikanischen Nahrungsmittel erleben. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist diese beständigen Chikanen müde geworden und die deutsche Regierung wird die Beschwerden der amerikanischen wohl ebensowenig ignoriren können, wie die der russischen.

Mit Gladstone wird Bismarck in diesen Tagen häufig verglichen. Es wird aber wohl nicht leicht sein, zwei Männer zu finden, die weniger miteinander gemein haben und einander unähnlicher sind, als diese beiden. Sie haben einander auch weiblich gehaßt und sogar verachtet. Wir gebrauchen das Wort mit voller Ueberlegung. Denn es ist eine Thatfache, daß Gladstone Bismarck für einen Halbbarbaren hielt

und Bismarck Gladstone für einen heuchlerischen Phrasenmacher. Das einzig Gemeinsame ist, daß beide lange Staatsleiter gewesen sind, daß sie von ihren Bewunderern für außerordentliche Menschen und Staatsmänner gehalten worden sind und daß sie von ultrakonservativen Anschauungen ausgegangen sind. Damit hört aber auch die Ähnlichkeit auf. Bismarck hat seine ultrakonservativen Anschauungen stets beibehalten und ihre Verwirklichung blieb ihm Ziel bis zuletzt. Für die Neuzeit hatte er nur so weit genügendes Verständnis, daß er ihr Schlagwörter und mechanische Hilfsmittel entziehen konnte. Gladstone dagegen hat sich stets bemüht, mit der Zeit fortzuschreiten. Er hat die merkwürdigsten Wandlungen durchgemacht — und immer nach vorwärts. Es ist richtig, den modernen Sozialismus hat er nicht begriffen. Allein er hat wenigstens begriffen, daß der Sozialismus eine ungeheure Elementarkraft ist, ohne die ein modernes Staatsgebilde nicht möglich ist und die überwinden zu wollen, eine tolle Donquixoterie. Der Mann, der das Wort aussprach: „Das kommende Jahrhundert gehört dem Sozialismus“ steht an staatsmännischer Einsicht jedenfalls thurnhoch über dem Mann, der, mit dem Horizont eines Puttamer'schen Landraths, bis zum letzten Hauch seines Lebens den Sozialismus als Teufelswerk verurteilte und, trotz seines Plasko's mit dem Sozialistengesetz, bis zum letzten Hauch an die Möglichkeit der Vernichtung des Sozialismus durch Polizeigewalt glaubte. —

„Büschchen“, wie Bismarck diesen Lakaienhaftesten seiner Reklame-Lakaien zu nennen pflegte, ist an der Arbeit. Er zeigt in der Londoner „Times“, daß Bismarck allein die deutsche Einheit „gemacht“ hat, und daß „das Deutsche Reich nicht durch, sondern unter Kaiser Wilhelm“ geschaffen worden ist.

Doch diese kleinen bezahlten Bosheiten sind ohne Interesse für uns. Ein gewisses historisches Interesse aber hat, was der „Kleine Busch“ über die Emser Depesche sagt oder seinen „Chef“ sagen läßt:

Man konnte bereits — anfangs Juli 1870 — bemerken, daß der König begann, alles hinunterzuschlucken und bereit war, ein zweites Olmütz einzuzustehen. Ich war damals in Barzin und fuhr durch Dultrow, wo der Pastor vor seiner Thüre stand und mich grüßte. Ich beschrieb mit dem Säbel einen Zug durch die Luft, zum Zeichen, daß der Krieg losgehen würde. Aber in Berlin waren die Nachrichten nicht gut. Ich telegraphirte dem König, daß, wenn er Venedetti nochmals empfangen, ich meine Demission geben würde. Als keine Antwort kam, telegraphirte ich, wenn er Venedetti nochmals empfangen, hätte ich das als gleichbedeutend mit der Annahme meiner Entlassung betrachtet. Dann kam das Telegramm Abens von zweihundert Zeilen. Mit Molke und Honig speiste ich dann zu Dreien und berichtete ihnen, wie die Dinge lagen. Honig war außer sich. So war auch Molke; er sah plötzlich ganz alt und kraftlos aus. Ich fragte Molke, ob er für einen solchen Krieg vollständig bereit sei. Er antwortete, daß menschlich gesprochen, man auf den Sieg hoffen dürfe. Dann machte ich aus den 200 Zeilen der Depesche 20 und las sie ihnen vor. Sie meinten, in dieser Weise werde es gehen. Und dann sandte ich das Telegramm so an alle unsere Gesandten, natürlich nicht nach Paris, und ließ es in die Berliner Zeitungen rücken. Und in der That, es ging so, die Franzosen nahmen es außerordentlich äbel.“

So spricht der Mann, der uns jetzt als Muster deutscher Treue gepriesen wird, von einer der verbrecherischsten Fälschungen, die je verübt worden sind. Und außerdem wird man uns zugeben, daß niemand von seinem Herrn despektirlicher sprechen kann, als „der treue Diener“.

Niemand — außer dem „treuen Diener“ selbst. In einem, desgleichen von Büschchen mitgetheilten Briefe Bismarck's an Andrassy aus dem Jahre 1887 heißt es in bezug auf die Bedenken des alten Kaisers gegen den von Bismarck mit Andrassy vorbereiteten Dreibund:

„Ich bin nicht glücklich genug gewesen, trotz aller meiner Sorgen vollständig ein Mißverständnis fern zu halten, nämlich das, als ob irgend ein Hintergedanke von Angriffen in unserm Plan verborgen liege. Der Gedanke hieran ist einem Pfaffen unheimlich, der 82 Jahre alt ist; aber ich hoffe, daß ich im Stande sein werde, ihn zu vertreiben. Die Abneigung meines Herrn, sich schnellig in neue Lagen zu finden, eine Abneigung, die seinem Temperament innewohnt, beeinträchtigt meine Thätigkeit. Es ist außerordentlich schwer für Seine Majestät zwischen den beiden Nachbarreichen wählen zu müssen, und deshalb will er so lange wie möglich seine Augen gegen die Ueberzeugung verschließen, daß der Moment dazu gekommen ist. Die Gewohnheit hat große Macht in unserem königlichen Hause. Die Reizung, zu beharren, wächst mit dem Alter und weigert sich, die unlegbaren Wandlungen der äußeren Welt anzuerkennen.“

Man sieht, welche untergeordnete Rolle Fürst Bismarck dem ersten der Hohenzollern-Kaiser angewiesen hat, und welcher Art der Krieg ist, den der „treue Vasall“ über das Grab hinaus seinem „Lehnsherrn“ erklärt hat. —

Patriotismus. Bei Gelegenheit des Sedanfestes und der Bismarck'schen Geburtstag feierten wir in früherer Zeit wiederholt hin auf die tödtliche Geisteslosigkeit und geschmacklose Sprache der betreffenden Auslassungen in Poesie und in Prosa. Alles in Superlativen und Hyperbeln, geschwollene Phrasen, die falsche Redenhaftigkeit der Impotenz, das Erzwingene, Gemachte — die Ab-

wesenheit jedes wahren Gefühls und Gedankens. Jetzt zeigen die Nachweise in wahrhaft erschreckendem Maße diese Geschmackslosigkeit und diese Geistes- und Gefühlsleere — die Lede und die Geschmacklosigkeit noch größer als sonst, wie alle Kräfte zusammengefaßt und aufgeschlüsselt werden, um eine große, eine titanische, eine gigantische, eine übermenschenartige Wirkung hervorzuwirken. Alle Götter der altheutschen Mythologie müssen aufmarschieren: Odin und Wodan misammen den Walküren. Und der todtte Halbgoth sitzt in der Walhalla und wird ob seiner Deutlichkeit gefeiert in einem Deutsch, das ein Hohn ist; das gute und schöne Deutsch unserer Lessing, Schiller und Goethe, die freilich ja gar keine Deutschen gewesen sind, denn sündmalen Deutschland und das deutsche Volk erst lange nach ihnen, wie die Bismarck-Deutschen uns verkünden, von dem Halbgoth geschaffen worden ist, der jetzt in Walhalla mit Odin und Wodan, den Walküren und verumtlichlich auch dem „blöden Hödur“ Weisheit trinkt. Man hat gesagt: der Stil ist der Mensch. Der Stil ist auch die Sache. Eine Sache, die einen so erbärmlichen Stil hat, wie dieser Bismarck-Kummel, kann keine gute Sache sein.

Gegenüber der frech-dummen Zumuthung, das deutsche Volk und die deutsche Sozialdemokratie solle um Bismarck trauern und ihn ehren, zittert die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ den prächtigen Vers des Prometheus von Goethe:

„Ich dich ehren? Wofür?
Hast Du die Schmerzen gelindert
Des Beladenen?
Hast Du die Thränen gestillt
Des Geängstigten?“

Dieser Gott hat die Beladenen noch mehr beladen und aus dem Ängstigen seine Haupt-Regierungsmaschine gemacht. Und „Thänen getrocknet?“ Hat je jemand erfahren, daß Fürst Bismarck eine Thräne getrocknet? Sprichwörtlich war seine Selbst- und Habsucht und von den hunderten bezahlten Federn, die er in Bewegung setzte, um seinen Ruhm zu vergrößern, ist auch nicht eine Handlung erzählt worden, die einem mitleidigen Herzen entstrungen wäre und ihn den Menschen menschlich nahe gebracht hätte. Und wie unzählige Handlungen der entgegengegesetzten Art. Daß er Liebe nicht verdient, empfand er auch selbst, und in einem Augenblick des politischen Kagenjammers im Jahre 1877, als er einen Vorwand zur Entfesselung des Nothen Spessens und zur Inszenierung des Attentats auf den Geldbeutel des arbeitenden Volks („Wirtschaftspolitik“, „Agrarienthum“) noch nicht entdeckt hatte, schrieb er an eine muckerische Freundin, nachdem er die Schrecknisse seiner schlaflosen Nächte geschildert, in denen die Geister der von ihm Getödteten ihm erschienen:

„Niemand liebt mich. Ich habe niemand glücklich gemacht, weder mich selbst, noch meine Familie, noch die anderen. Aber ich habe viele unglücklich gemacht. Ohne mich hätte es drei Kriege nicht gegeben, wären 80000 Menschen nicht todt, ihre Verwandten, Eltern, Schwwestern, Brüder nicht in Trauer.“

Das war vielleicht das einzige Mal, daß Bismarck die Wahrheit über Bismarck gesagt hat.

Ueber das vom Fürsten Bismarck hinterlassene Vermögen steht die Familie Bismarck jetzt Verträge in Umlauf. Sie behauptet, die Hinterlassenschaft sei nicht bedeutend. Das ist unrichtig. Der Sachverhalt allein, den Fürst Bismarck der Großmuth des alten König-Kassers Wilhelm verdankt, hatte schon vor 20 Jahren einen Werth von über 10 Millionen, und die Geschäfte mit Bleichröder haben notorisch noch weit größere Summen eingebracht. Kriegerischen Einmäßen standen wichtige Ausgaben gegenüber — die Sparlosigkeit des Fürsten Bismarck, die schon kaum mehr diesen Namen verdiente, seine Abneigung, Steuern zu zahlen u. s. w. sind bekannt.

Zur Frage des obersten Militär-Gerichtshofes theilt die paritätische bauerbändlerische von A. Memminger redigirte „Neue Bayerische Landeszeitung“, die zuerst die Meldung von dem Telegramm des Kaisers an den Graf-Regenten von Lippe gebracht hatte, folgendes mit:

„Und wissen die hohen Herren in Berlin bereits den Bescheid, den der greise Prinz-Regent Luitpold von Bayern neulich dem Reichskanzler erteilt hat? ... Ich kann mich nicht mit meinem ganzen Volke in Widerspruch setzen.“ Das heißt auf gut Deutsch: „Ich will nicht selber den Hof abgeben, auf dem ich sitze, sonst könnte es eines Tages dem neuen Kurs einfallen, ein Telegramm mit drei Worten zu senden: Runter vom Stängel! Wir Bayern wollen uns aber vorläufig nicht selbst aufgeben, wir sind dies als Deutsche dem deutschen Volke, seiner Freiheit und Selbstständigkeit schuldig. Es muß doch nicht jedes deutsche Hirn über den gleichen schwarzen-weißen Mistrich limitirt werden!“

Die „Kölnische Zeitung“ glaubt dagegen versichern zu dürfen, daß in der Frage des obersten militärischen Gerichtshofes eine Einigung zwischen Preußen und Bayern in naher Aussicht stehe, die auf beiderseitigem Entgegenkommen beruhe.

Mit unserem Landwirtschaftsminister könnten nachgerade die Agrarier völlig zufrieden sein. Jetzt wird konstatiert, daß in ganz Holland während des Monats Juni nicht ein einziger Fall von Maul- und Klauenseuche vorgekommen ist und doch bleibt die deutsche Grenze für holländisches Vieh gesperrt. Ja, wenn nur die Fleischpreise steigen!

Die Legitimen.

Koch immer werden Ströme von Linte vergossen über den „Fall Lippe“. Die Frage der militärischen Ehrenbezeugungen, aus der der Streit entstand zwischen dem Graf-Regenten von Lippe und dem Kaiser, hat einen tieferen Hintergrund; es handelt sich darum, ob durch solche Ehrenbezeugungen nicht zugleich die „Ebenbürtigkeit“ und Ehronfolgefähigkeit der Söhne des Graf-Regenten eine Anerkennung findet, die mangelnde verwelgernde möchte. Die Söhne des Graf-Regenten sollen nicht „ebenbürtig“ sein, weil ihre Mütter „nur“ eine bürgerliche, keine adelige Gräfin war. Dieser erschrecklichen Thatsache gegenüber, die hauptsächlich den harten Ton des Kaiser-Telegramms verursacht haben soll, räumt man andererseits in die Ohren: Aber wie sieht es denn mit der „Ebenbürtigkeit“ anderer Fürstenhäuser aus? Ist da nicht vielleicht auch irgend ein „Schönheitsfehler“ zu entdecken? Ist nicht auch der Stammbaum der Kaiserin selbst stark angefeuchtet worden?

Die Legitimitätsstreitigkeiten deutscher Fürsten machen natürlich einen sonderbaren Eindruck auf die Schaar der gewöhnlichen Sterblichen. Nicht nur, daß das Prinzip der Legitimität am Ausgang des 19. Jahrhunderts im Volke überhaupt kein Verständnis mehr findet, nein, das schönste ist, daß jede geschichtliche Untersuchung zeigt, wie in keinem einzigen der zahlreichsten deutschen fürstlichen Familien alles durchaus „sauber“ und einwandfrei gewesen ist. Vom bürgerlichen Standpunkt ist die Mangelhaftigkeit der fürstlichen Stammbäume gewiß keine tragische Angelegenheit. Am so tragischer ist sie aber für die Fürsten selbst, die Anhänger des Legitimitätsprinzips.

Ein Blick in die Geschichte wird und die ganze Tragikomik des „Falles Lippe“ erst recht verdeutlichen. In der württembergischen Herrscherfamilie wird der berühmte Thron Karl Eugen, der Begründer der Karlsruher, von seiner Mutter selbst als Bastard bezeichnet. „Diese Frau“, so schreibt die Markgräfin von Bayreuth, Schwester Friedrich des Großen, war so verschrien, daß man von ihr nur wie von einer Vais sprach.“ (Die Vais eine berühmte Puhlerin.) In seiner Geschichte der Döse schreibt Behe von dieser Fürstin:

„Die galante Marie Auguste von Thurn und Taxis zerfiel später sehr hart mit ihrem Sohne, Herzog Karl, und bißte diesen Verfall mit lebenslänglicher Gefangenschaft. Wie später die Kurfürstin von Sachsen, Marie Antonie von Bayern, im Jahre 1777 es ebenfalls that, hatte Marie Auguste ihren Erstgeborenen für illegitim erklären wollen, um ihren zweiten Sohn und Liebling, den Prinzen Ludwig, zur Regierung zu bringen.

Wirksamere Rechtschutz der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer, das ist die neueste Forderung des Bundes der Landwirthe in seinem offiziellen Organ.

Sehr Bued ist Trunpff. Der Bericht eines englischen Industriellen, den dieser nach seinem Besuch in Deutschland seiner heimischen Handelskammer erstattet hat, wird von der deutschen „Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen“ wiedergegeben. Bemerkenswerth ist vor allem die folgende Stelle:

Der Berichterstatter hatte von der britischen Regierung eine Empfehlung in den Gesandten in Berlin erhalten. Er suchte diesen auf und erzielte durch ihn weitere persönliche Vorstellungen bei den maßgebenden Stellen, insbesondere bei der deutschen Regierung, vermittelst deren er Konferenzen mit verschiedenen Persönlichkeiten erlangte. Herr Gottschell, der spezielle Handelsattaché der englischen Gesandtschaft, führte ihn persönlich bei Geheimrath Reichardt ein, mit welchem er eine ca. 1/2stündige Unterredung hatte. Er machte die Wahrnehmung, Geheimrath Reichardt sei Protektionist und entschlossen, die einheimischen Industrie Jolkshay angedehnt zu lassen. Der Berichterstatter theilte ihm mit, daß er nach Berlin gekommen sei, um die Wünsche der englischen Handelskammern über die Vergütung englischer Exportwaren zur Sprache zu bringen. Er erklärte ferner, der Tarif sei der Fabrikation nicht genügend angepaßt und in mancher Hinsicht ganz unverständlich. Geheimrath Reichardt entgegnete, er müsse eingestehen, daß der Tarif nicht mehr den Verhältnissen entspreche, sei jedoch mit den Details nicht recht vertraut und wies ihn an Herrn Geheimrath (!) Bued, den Generalsekretär des Zentral-Verbandes deutscher Industrieller. Der Herr Referent hatte eine Unterredung mit letzterem, welcher ebenfalls den Standpunkt vertrat, man müsse die nationale Industrie schützen. Der Berichterstatter setzte ihm auseinander, daß ein solcher Schutz noch nicht einen aufreizenden Zollsatz von 50 auf 100 pCt. auf billige Sorten englischer Gewebe indigire; ein Satz von 5 oder 10 pCt. sei rationeller und verleihe doch genügenden Schutz in Anbetracht dessen, daß ähnliche Artikel deutscher Provenienz in großen Posten von deutschen Industriellen in England abgesetzt würden und sich gegen englische Produkte behaupten könnten. Der Geheimrath (!) Bued gab zu, daß der Tarif veraltet sei, und versprach, die Angelegenheit im Auge zu behalten.

Demnach scheint Herr Bued den Eindruck hervorgerufen zu haben, daß er in den Fragen der Zollvertragsabschlüsse die maßgebende Person im Reich ist. Wir nehmen ihm das weniger übel, als die bürgerliche Preise. Herr Bued ist zwar nicht Geheimrath, sondern weit mehr Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Und ein solcher vermag in Zollfragen mehr als die vortragenden und anderen Räte im Handelsministerium. Was Herr Bued bei dem Zentralverband will, dürfte für Herrn Bredfeld ein Räthsel nicht an sein. Was die Arbeiter und die anderen Konsumenten zu diesen Maßnahmen sagen, ist Herrn Bredfeld ganz gleich. Nicht unvorsicht hat noch niemand gewagt, die Mittheilung zu dementiren, daß Herr Bredfeld auf direkten Wunsch des Herrn v. Stumm — wir wollen ein anderes Wort nicht gebrauchen — preussischer Handelsminister wurde.

Die Mittheilung des englischen Industriellen setzt uns zwar nicht in Erstaunen, sie wirft aber ein helles Schlaglicht auf unsere Verhältnisse. Und da wundern sich Regierungsmänner, wenn man von den „Kommiss der Kapitalistenklasse“ spricht.

Kiel, 3. August. (Eig. Ber.) Auf dem Verwaltungswege sucht man mehr auch das Reichs-Marine-Amt die Sozialdemokratie zu belästigen. Herr Tirpitz hat in diesen Tagen an die kaiserliche Werftdirektion zu Kiel einen Erlaß gerichtet, in welchem er diese Behörde auf die „auffallende Höhe“ der bei der letzten Reichstagswahl in der nächsten Umgebung der Werft abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen aufmerksam macht. Der Staatssekretär kann sich diesen merkwürdigen Umstand nicht anders erklären, als durch die Annahme, daß auf der kaiserlichen Werftanstalt „zahlreiche sozialdemokratische Agitatoren und Heger“, wie er sich sehr schön ausdrückt, beschäftigt sein müssen. Er fordert deshalb die Werftverwaltung auf, die so charakterisirten Arbeiter ausfindig zu machen und „unverzüglich“ zu entlassen.“ Die Werftdirektion hat den Erlaß des Staatssekretärs vervielfältigt und an die einzelnen Werftchefs gelangen lassen, welche „das weitere veranlassen“ sollen.

Im Grunde genommen, ist, was Herr Tirpitz nunmehr systematisch und programmatisch auf der Werftanstalt eingeführt wissen will, längst „bewährt“ Verwaltungspraxis der Werftdirektion. Nachregelungen mißliebiger Arbeiter waren von je an der Tagesordnung auf der kaiserlichen Werft, wie erinnern nur an die während der letzten Wahlperiode angeordnete Entlassung zweier Arbeiter von der Torpedowerkstatt Friedrichsort wegen Verhöhnung an einer Flugblattverbreitung. Der Erlaß ist also weder für die Verwaltung noch für die Arbeiter etwas neues. Man weiß, daß im Jargon der preussischen Bureaucratie jegliche Verhöhnung Staatsbürgerlicher Rechte seitens der Arbeiter im Sinne einer der Regierung nicht genehmen Politik stets noch als „Hege und Agitation“ bezeichnet worden ist. Will das Reichs-Marine-Amt in diesem Umfange alle sozialdemokratischen Heger und Agitatoren entlassen wissen, so kann es seine Werften auf Abbruch versteigern lassen — aber „unverzüglich“.

Aus dem Rheinland, 3. August. (Eig. Ber.) Der Jahresbericht des landwirthschaftlichen Zentralvereins für Rheinpreußen

Herzog Karl hatte sie darauf nach ihrem Wittwenstege Wöppingen verwiesen, von da wollte sie entfliehen.“

In der sächsischen Herrscherfamilie ist die Abkunft Friedrich Augusts mehr wie zweifelhaft. Die Kurfürstin Marie Antonie beabsichtigte, ihrem zweiten Sohne Karl den Nachbuh zu verschaffen; und deshalb wollte sie ihren ersten Sohn zum Nachbuh erklären lassen. Zu diesem Zwecke vertraute sie sich einem gewissen d'Agdolo an. An diesen d'Agdolo wandte sich die Kurfürstin-Wittve, um ihr Projekt zur Ausführung zu bringen; sie beauftragte ihn, mit gewissen Papieren nach Regensburg zu reisen und diese Papiere dem Reichstage vorzulegen. Graf Mirabeau erzählt in seinem berühmten Buche über die preussische Monarchie im ersten Bande, daß diese Papiere die Aussagen der Frauen Marie Antonies enthalten hätten, des Inhalts, „daß der Kurfürst Friedrich August nicht der Sohn Friedrich Christian's sei, sondern der Nachbuh eines Grafen Bithum.“

Den Tag vor d'Agdolo's bestimmter Abreise nach Regensburg, erzählt Mirabeau weiter, wünschte ein Kourier des Königs von Preußen mit dem Kurfürsten von Sachsen persönlich zu sprechen. Er ward vorgelesen und übergab im Auftrage Friedrichs des Großen alle Details der Kurfürstin-Mutter mit den Kopien der darauf bezüglichen Papiere. Der Kurfürst ließ sofort den Geheimen Rath sich versammeln und man beschloß, die augenblickliche Arrestirung des Chevaliers. Sie erfolgte noch denselben Abend am 18. September 1776: der Chevalier ward bei seiner gewöhnlichen Spielpartie in Herber's Hause durch General Schiebel, des Kurfürsten Generaladjutanten, verhaftet und seine sämtlichen Papiere weggenommen. Man brachte ihn unter starker Militärbedeckung noch 10 Uhr abends auf den Königstein. Er blieb hier lebenslänglich gefangen, man behandelte ihn aber mitleidig; er erhielt monatlich fünfzig Thaler. d'Agdolo starb auf dem Königstein erst nach fast vierundzwanzigjährigem Gefängniß am 27. August 1800.

Der Kurfürst von Hannover Ernst August war mit Sophie, der „Prinzessin von Ahlden“ verheiratet. Die Kurfürstin unterhielt einen sehr intimen Verkehr mit dem Grafen von Königsmarck. Dieser Graf schrieb einmal unter anderem an sie: ... Welche Freude, welches Vergnügen habe ich nicht in Ihren Armen gefunden, o Gott! Welche Nacht habe ich zugebracht ...

Ja es finden sich Misset, schreibt Behe, die eine noch sinnlich anschaulichere Vorstellung geben von der heftigen Bitterkeit und stürmischen Leidenschaft, die zwischen den beiden Liebenden stattfand, und die auf eine seit „erster Jugend“ geübte und so habituell gewordene „verführte Raquelleterie und Wasanterie“ schließen lassen, daß die Legitimität der englischen und der mit ihr verwandten

sagt in der Einleitung: „Trotz hoher Löhne wird es immer schwieriger, nicht nur gute, sondern überhaupt Arbeiter zu bekommen. Schon längst hat die Industrie alle brauchbaren einheimischen Arbeitskräfte angezogen, und die Landwirthe seh en sich, sehr gegen ihren Willen, gezwungen, Personal aus dem Osten kommen zu lassen. ... Blüht die Industrie wie jetzt auf, dann zieht sie wie ein Schwamm die Arbeitskraft der ganzen Provinz an sich; kommt eine Krise, dann können die Leute, die inzwischen ländlicher Arbeit längst entwohnt sind, sehen, wo sie bleiben. Das nächste Problem ist das, wie dem abzuhelfen sei. Man wird vor energischen Mitteln nicht zurückerschrecken dürfen. ... Wie man sieht, brauchen die Agrarier des Westens hinter den Ostelbener, was den Ton anlangt, nicht zurückzusehen. Die „Köln. Jtg.“ schlägt als Heilmittel Sechstagsmachung der Landarbeiter vor. Sehr lehrreich aber ist die Haltung der ultramontanen „Rheinischen Volksstimme“ in der Frage. Als ob das Blatt nicht wüßte, daß maßlos lange Arbeitszeit und im umgekehrten Verhältnis dazu stehende Löhne die Ursache sind, daß so viele der Landwirthschaft Lebendwohl sagen, schreibt es: „Dem Triebe zur Stadt, der Sucht nach Ungebundenheit und Vergnügungen (!) haben sie nicht widerstehen können.“ Wenn es besser werden solle, werde es ohne eine gewisse Einschränkung der Freizügigkeit, bezüglich der aus der Schule entlassenen Kinder nicht gehen. Zunächst könnten die Kinder etwa ein Jahr früher aus der Schule entlassen werden (!); dann wäre zu bestimmen, daß Kinder in der Großindustrie erst nach dem vollendeten 16. Lebensjahr beschäftigt werden dürfen. Sei durch die Gesetzgebung die Arbeitszeit für die jungen Arbeiter beschränkt, so könne auch durch Gesetz die industrielle Arbeit in eine Lebenszeit verlegt werden, worin der Körper den Strapazen der Industrie-Arbeit besser gewachsen sei. — Was das Blatt da von der Beschäftigung der jungen Arbeiter in der Industrie sagt, ist, so sehr es im Grunde zutrifft, itaße Heuchelei; denn es sagt weiter: „Wird auf solche Weise durch die Gesetzgebung eingegriffen, so ist die ländliche Jugend genöthigt, wenigstens drei Jahre lang sich in der Landwirthschaft zu beschäftigen und die ländlichen Arbeiten zu erlernen.“

Das ist des Pudels Kern! Durch die wohlfeile Kinderarbeit soll der Landwirthschaft geholfen werden, so will es das fromme Organ der rheinischen Zentrumsbauern. Es verlangt sogar, daß die Kinder ein Jahr früher aus der Schule entlassen werden. An diesem bildungsfeindlichen Vorgehen würde der todtte Reichensperger, dieser grimmige Gegner der Schulbildung, seine helle Freude haben. Dieses rheinische Zentrumsbild ist ohne Zweifel ein ebenso gefährlicher Widersacher der so geringen bestehenden Freiheiten und Rechte, wie die publizistischen Organe der Junker. Wenn eine Beschränkung der Freizügigkeit, wie sie die „Rheinische Volksstimme“ wünscht, zu stande käme, wäre es um die Opfer schlimm bestellt. Bei dem herrschenden Arbeitermangel würden die Kinder um eine Semmel von früh bis in die Nacht hinein mit arbeiten müssen. Sich der Ausbeutung zu entziehen, wäre unmöglich, denn daran hinderte die Gesetzgebung.

Dresden, 4. August. (Eig. Ber.) Einem Heßigen Blatte wird aus Wladkau folgender Vorgang privat gemeldet: Kurz nach dem Eintreffen der Nachricht vom Ableben des Fürsten Bismarck legte ein Arbeiter (?) einen Kranz mit schwarzer Schleife am Denkmal Bismarck's nieder. Kurz darauf kam ein Polizist zu dem Kranzspender und befohl ihm, den Kranz sofort wieder zu entfernen, andernfalls er bestraft werden würde. Der betreffende ist dem Verlangen aber nicht nachgegeben. — Es wäre gewissermaßen der Gipfel der „groben Unvorsichtigkeit“, wenn der Bismarckdrehre noch bestraft würde. Solche Blüthen zeitigt, daß unsere Polizei in Fleisch und Blut übergegangene System Bismarck gegen die Sozialdemokratie.

Durch den vom vorigen Hochwasser in Sachsen angerichteten Schaden wird wieder recht deutlich illustriert, wie es mit der Verpflichtung zu Flußregulirung und Uferbauten in dem so hoch entwickelten Sachsen bestellt ist. Besonders großen Schaden hat damals besonders die Weiskirch angerichtet. Jetzt nach einem Jahre muß man nun die Wahrnehmung machen, daß ganze Strecken der Ufer noch in verödetem Zustande sich befinden. Und warum? Weil man sich nicht klar darüber werden kann, wer die Baureparaturen bezahlen soll. So hat z. B. die Gemeinde Köstau in bezug auf eine in ihrem Gebiet liegende Flußstrecke jede Verpflichtung für Uferbauten abgelehnt. Das Ströndel ist fiskalisch. Der Staat thut aber nichts, sondern verläßt sich auf die Gemeinde, da diese ja doch den Schaden von wieder eintretenden Hochwasser hat. Der Külliger der in bezug auf letzteren Fall eigentlich noch mehr interessirt ist, wartet nun in Hangen und Bangen, was da werden soll. Schließlich soll es der Bauer noch auf seine Kosten betreiben. Als im letzten Landtage die Frage der Flußregulirung u. von sozialdemokratischer und auch von anderer Seite angeschnitten wurde, verwies die Regierung zum so und so vierten Male auf ein zukünftiges Wassergesetz. Damit ist die Sache immer wieder hinausgeschoben, um nur dem „Staat“ eigentlich ganz selbstverständliche Verpflichtungen fern zu halten.

Etwas vom sächsischen „Musterbetriebe“. Wie fast überall an der sächsischen Staatsbahn, hat auch das Arbeitspersonal am Bahnhof Pirna berechtigten Grund zur Klage über die Arbeitsverhältnisse. Sehr schlimm ist vor allem das Fahrpersonal. Nach dem Dienstplan vom Monat Juli betrug die tägliche Dienstzeit 13 1/2 bis 17 1/2 Stunden. Darin ist allerdings eine

h a n d e r s e h e n Königsfamilie allerdings sehr zweifelhaft wird. „Ich glaube“, schreibt einmal die Herzogin von Orleans unterm 24. Februar 1718, „daß der König von England nicht glaubt, daß der Prinz von Wallis sein Sohn ist.“

Der sechzigjährige Markgraf Karl Friedrich von Baden verheiratete sich unstandesgemäß mit dem neunzehnjährigen Gräulein Luise Caroline Geiger von Geigerberg, der späteren Gräfin v. Hohenberg. — Sie war vierzig Jahre jünger als der alte Herr,“ schreibt Behe, und ihr eigentlicher Liebhaber soll dessen jüngster Sohn, Markgraf Ludwig aus seiner ersten Ehe, damals vierundzwanzig Jahre alt, der später 1818 succedirte, gewesen sein.

In der bayerischen Fürstenfamilie war Theresie Sobiesky von Polen, die zweite Gemahlin Max Emanuel's, sehr leichter Zitte. „Ich komme“, so schreibt Behe in seiner „Geschichte der Döse“, „noch mit einigen Worten auf die Kurfürstin, die polnische Theresie, zurück. Sie lebte in nicht weniger freien Sitten, als ihr Gemahl. Mit dem oben erwähnten Jesuitenpater Dorothens Schmade aus Lüttich, ihrem dreißigjährigen Weichtater, erzeugte sie, von ihrem Manne getrennt, in Benedikt mit ihrem Mutter zusammenlebend, einen natürlichen Sohn, den späteren Hauptmann und Hofkammerrath und nachmaligen Hauptmann in Ingolstadt, Johann Christoph Krein 1706, den Ahnherrn des Krein'schen Geschlechts.“ Ein „lieber jüdischer Konditor“ scheint dem Kurfürst viel Kopfschmerzen verursacht zu haben. „Dah sie“, so sagt er einmal, „niemand um sich dulde als ihre polnische Pente, den Sekretair Swaierd, die Kalmücken und vermaledeiten Leibjuden, ihren Konditor, aus Ploß. Gott gebe mir, daß das Kind nicht der Kalmücken oder dem verfluchten Juden gleich sehe.“ ... Wenn sie sich wieder unterliche, mit der Kammerfrau Nachts im Carl herumzufahren, so werde er die Begleitung mit dem lieben jüdischen Konditor auf der Stelle zum Teufel jagen.“ Der Streit zwischen dem Ehegatten wurde immer heftiger. Der Kurfürst drohte ihr, es könne etwas erfolgen, was sie nicht ahne. Sie werde aber wohlthun, hierbei ihren Weichtater — den Jesuitenpater Schmade — nicht zu hören.“ Schließlich ward der Streit beigelegt, und der Kurfürst that auf dem Jünger der Kurfürstin Abbitte.

Später wäre sicher ein Bastard auf den bayerischen Thron gelangt, wenn nicht die Wittve des Kurfürsten Karl Theodor von Bayern selbst die wahre Abkunft ihres Sohnes bekannt hätte. „Es hätte offenbar“, so schreibt Behe, „nur an dem Willen der Kurfürstin-Wittve gelegen, den im Sommer 1709 geborenen Sohn als posthumus Karl Theodor's auf den Thron von Bayern zu bringen; sie war aber so ehrenhaft, das nicht zu thun und später dem König Max zu eröffnen, daß dieser Sohn nicht Sohn Karl Theodor's sei.“ Dieses Kapitel ließe sich noch sehr weit ausspinnen!

Partei-Nachrichten.

aufe von reichlich 2 Stunden einbezogen, welche aber zum Einnehmen der Maßzeit zu benutzt werden muß, dazu kommt noch, daß die betreffenden früh eine halbe Stunde, bei Witterungen sogar eine Stunde eher am Platze sein müssen, als der eigentliche Dienst beginnt. Es verbleibt dem Personal nach alledem eine eigentümlich freie Zeit zum Schlafen und Sonstigen von 7½ bis 9½ Stunden. Da sind auch noch die Wege von und nach dem Dienst eingerechnet. Jeden siebenten Tag giebt es einen freien, der aber auch nur insgesamt 80 Stunden währt. Nach dem Dienstplan ist die Sonntagsruhe in der Weise durchgeführt, daß der halbe Sonntag frei sein soll. In Wirklichkeit ist das jedoch eine bloße papierne Bestimmung; das Fahrpersonal wird an Sonntagen nämlich zum Bahnsteig-Sperrendienst herangezogen. Es heißt da wieder, und oft ohne zwingende Notwendigkeit 14-16 Stunden auszuhalten. — Und da wundert man sich noch, oder entrüstet sich wohl gar, wenn die Eisenbahnarbeiter zur Selbsthilfe, zur Organisation greifen, um den Staat an seine Pflicht zu erinnern. In Sachsen geht man sogar so weit, den Staatsbahn-Angestellten die Mitgliedschaft zu irgend einem Konsumverein zu verweigern. Solche Zustände kann man nicht scharf genug kritisieren! —

Heidelberg, 4. August. Der Nationalökonom und ehemalige Direktor des badischen Oberschulraths Professor Karl Knies ist gestern hier im Alter von 77 Jahren gestorben. Knies war mit Kocher der Hauptbegründer der älteren historischen Schule der deutschen Universitäts-Nationalökonomie durch sein Werk die politische Ökonomie vom Standpunkte der geschichtlichen Methode. In seinen übrigen Werken läßt sich freilich nicht viel von einer historischen Auffassung der Volkswirtschaft spüren. In seinem groß angelegten Werke Geld und Kredit findet sich ein mühevoll und lang ausgeführter, aber nicht glücklicher Versuch, Marx zu widerlegen. —

Ungarn.

Die Furcht vor der agrarsozialistischen Bewegung hat zur faktischen und völligen Suspension des Vereinsrechtes für die Landarbeiter geführt. Der Minister des Innern, Desider Perczel, hat die in jüngster Zeit von Seite der neugegründeten Feldarbeiter-Vereine zur Genehmigung unterbreiteten Statuten abgelehnt. Wie „Rel. Erz.“ meldet, wird in der Motivierung hervorgehoben, die bisherige Haltung der Arbeiter, welche ähnliche Vereine zu gründen beabsichtigten, spreche in einer jeden Hinsicht aus schließlich gegen die Zulassung derselben. In diesen Fällen um den bemäntelten Versuch handelt, Vereine zu gründen, welche nicht die in dem vorgelegten Statutenentwurf umschriebenen Zwecke verfolgen, sondern ganz anderen Bestrebungen und Zielen zu dienen beabsichtigen. Mit dieser Motivierung wurden die Statuten der Feldarbeiter von Promontor, Gemta, Dunaföldvár und S. M. Vajaryhely abgewiesen. —

Frankreich.

Paris, 4. August. Wie verlautet, hat die amerikanische Regierung den französischen Minister des Auswärtigen benachrichtigen lassen, die Vereinigten Staaten wünschten, daß die zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten abgeschlossene Zollkonvention sich noch auf weitere Artikel ausdehnen möge. Frankreich hat den Vorschlag günstig aufgenommen, und die Verhandlungen hierüber werden sogleich beginnen.

Die Municipalbehörde von Paris verteidigt die Ueberlassung des Platzes zur Errichtung eines Monuments zum Andenken der Anwesenheit des Jarenpaars in Paris. —

Rußland.

Armenische Greuel. Diesmal sind es aber nicht die Türken, denen die Greuel zur Last fallen, sondern die Russen, die vor einigen Jahren als Ankläger der Türken wegen der armenischen Greuel auftraten. Die Armenier sehen benachteiligt zum Teil unter russischer, zum Teil unter türkischer Herrschaft. Für die unter türkischer Herrschaft stehen die Russen auf eifrigste alle möglichen staatsbürgerlichen Rechte, und namentlich vollkommene Schutz der Rationalität und Religion. Anders mit den Armeniern unter russischer Herrschaft. Diese sollen mit Gewalt zu Russen gemacht werden, wie das Regel ist im halbbarbarischen Kautenreich. Da sind nun gräuliche Dinge vorgekommen. Vor einiger Zeit erließ „Wäterschen“ einen Uas, daß in allen armenischen Schulen der Unterricht in russischer Sprache zu erteilen sei. Das ließ sich nun nicht verwirklichen, erstens weil das Volk sich widersetzte, und zweitens weil der unsinnige Befehl schon aus dem Mangel an geeigneten Lehrkräften unausführbar war. Darob ist der „milde Zar“ nun in ingrimige Wuth gerathen; er hat die sofortige Schließung sämtlicher armenischen Schulen, in denen nicht auf russisch unterrichtet wird, angeordnet und das Eigentum dieser Schulen, die bedeutenden Stiftungen zu ihren Gunsten für den russischen Staat konfiszieren lassen. Die Aufregung unter dem Volk kann man sich denken — es kam zum Tumulten, die brutal unterdrückt wurden. Alle Gefängnisse sind überfüllt, und das armenische Blatt „Arzag“ ist von dem Generalgouverneur des Kaukasus, Fürst Galizin, Anath und Fall verboten worden. Die Säkular ist im Wachen und unter den Armeniern geht man damit um, die Vermittlung des — Sultans anzufragen, weil die Verträge, in denen ein Teil Armeniens von der Türkei an Rußland abgetreten ward, ausdrücklich bestimmen, daß die Armenier in ihrer Rationalität nicht vergerichtet und insbesondere im Gebrauch ihrer Sprache und in der Ausübung ihrer Religion nicht zu behelligen sind.

Und dieses Rußland mahnt sich den christlichen Völkern der Türkei gegenüber die Befreierrolle an! —

Montenegro.

Cetinje, 4. August. Nach hier eingegangenen Meldungen hat die türkisch-montenegrinische Kommission Berane wieder verlassen, nachdem sie als Entschädigung für die durch Albanen niedergebrannten Häuser an die christlichen Bewohner Geld verteilt hatte. —

Asien.

Rußland und England in China. Wie den „Times“ intern 8. August aus Peking gemeldet wird, erklärte der englische Gesandte Macdonald am 24. Juli dem Tsung-li-Yamen in nachdrücklicher Weise, daß England nicht die Einmischung einer anderen Macht in den britischen Anleihevertrag dulden werde, auf welchen China freiwillig eingegangen sei zum Zweck des Baues einer Eisenbahn, welche die Verbindung zwischen den Vertragshäfen zum Abschluß bringen soll, in welchen die britischen Handelsinteressen vorherrschend sind. Am nächsten Tage wiederholte der russische Geschäftsträger Pawloff seinen Protest vom 11. Juni gegen die Rintschwang-Anleihe mit der Pongkong- und Shonghai-Bahn, wobei er dem Tsung-li-Yamen Bedingungen vorzuschreiben suchte, deren Annahme einer Aufhebung des britischen Vertrags gleich sein würde. —

Afrika.

Der Kongo-Tanganika-Telegraph. Die Herstellung des Telegraphen nach dem Tanganika vom Kongo staute aus steht unmittelbar bevor und dürfte noch früher fertig sein als die Linie ans Rhodessa hin, die schon bis zum Rordende des Nyassa vollendet ist. Der Kongostaat hatte schon vor mehreren Jahren den Bau eines Telegraphen vom unteren Kongo bis zum Tanganika beschlossen, die Ausführung des ersten Stückes bis zum Stanley-Pool schloß sich an den Eisenbahnbau an, gegenwärtig wird an der Fortsetzung bis zur Mündung des Kassa bei Kitamouth gearbeitet. Da nun aus der neuen Anleihe des Kongo staates drei Millionen Franken dafür verwendet werden, so ist beschlossen worden, mit den Bauarbeiten auch zugleich von Osten aus zu beginnen, und zwar zu Loiva nahe dem Ausfluß des Lukuga, fast in der Mitte des Westuferes des Tanganika. —

Die Vorbereitungen zum diesjährigen deutschen Parteitage werden von unseren Stuttgarter Genossen mit Eifer betrieben. Die Verhandlungen des Parteitages beginnen Montag, den 8. Oktober, in Dinkeladers geräumigem Saalbau, der neben einem großen Saal noch genügende Nebenräume enthält. Für Sonntag, den 2. Oktober, ist die feierliche Eröffnung des Parteitages im Circus in Aussicht genommen, wo die Delegierten auch von den Parteifreunden aus Stadt und Land begrüßt werden. Die verschiedenen Komitees für die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten sind eingesetzt und für den glatten äußerlichen Verlauf wird ebenso gesorgt werden, wie dafür, den Delegierten den Aufenthalt in der rebenumgrenzten schwäbischen Hauptstadt angenehm zu machen.

Als Parteidelegierte für den 1. württembergischen Reichstags-Wahlkreis sind auf einer Wahlkreis-Konferenz in Degerloch am Sonntag gewählt worden: Ad. Dietrich, Gemeinderath in Stuttgart, Fr. Epple, Gemeinderath in Feuerbach, und der Parteigenosse Kaub in Kallenthal.

Ueber die jetzt in der Provinz Brandenburg zusammen-tretenden Kreis-Konferenzen schreibt die in Forst erscheinende „Märkische Volksstimme“:

„Obwohl in den nächsten Tagen eine Reihe von Wahlkreis-Konferenzen stattfinden, vernissen wir auf deren Tagesordnung eine Besprechung über die Frage der Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen. Der Parteitag in Hamburg hat es beabsichtigt, den einzelnen Wahlkreisen überlassen, sich über diese Frage zu entscheiden. Wir geben ja gern zu, daß die Sympathien für die liberalen Parteien angesichts ihres Verhaltens gegenüber den Sozialdemokraten bei den letzten Reichstagswahlen nicht die besten sind. Dieses darf aber die Genossen nicht abhalten, in eine objektive und leidenschaftslose Prüfung der Frage einzutreten, ob es vom Standpunkt der Klugheit nicht angebracht erscheint, die liberalen Parteien da, wo Aussicht auf Erfolg ist, bei den Landtagswahlen zu unterstützen. Wir sind noch nie Anhänger der Theilnahme an diesen Wahlen gewesen, meinen aber, die gegenwärtigen Parteiverhältnisse im preussischen Abgeordnetenhaus, welche bei einer Unthätigkeit unsererseits leicht eine unbedingte konservative Majorität herbeiführen können, muß uns veranlassen, der Prüfung der Frage näher zu treten: kann uns diese Majorität wirklich so gleichgültig sein und welche Gefahren kann sie uns bringen? Wir wollen auf die Beantwortung dieser Fragen hier nicht eingehen, sondern sie den Genossen in den einzelnen Wahlkreisen überlassen. Sollten sich verschiedene Wahlkreise zur Theilnahme an diesen Wahlen entschließen, dürfte die Verdrängung der Konservativen in verschiedenen Kreisen die Folge sein.“

Zu diesen Ausführungen mag nur bemerkt sein, daß die Erörterung über die Frage der Theilnahme oder Nichttheilnahme an den Landtagswahlen vor allem deshalb auf die Tagesordnung der Kreis-Konferenzen gehört, weil der Hamburger Beschluß vorschreibt: „Inwiefern eine Wahltheilnahme in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse.“ Demnach hat sich jeder Kreis über diese Angelegenheit schlüssig zu machen, was mit verbindlicher Wirkung nur durch die ordnungsmäßige Vertretung der Kreise, die Kreis-Konferenzen, geschehen kann.

Märkische Parteikonferenzen. Eine Parteikonferenz für den Wahlkreis Sorau-Forst wird am 14. August in Gassen und an demselben Tage eine solche für den Wahlkreis Ost- und West-Sternberg in Drossen abgehalten. Die Parteigenossen der West-Sternberg haben eine Parteikonferenz am 28. August nach Wittenberge einzuberufen. Ebenfalls am 28. August halten die Genossen im Kreise Landsberg-Soldin eine Konferenz in Landsberg ab.

Eine Parteikonferenz für Oeffen-Rassau wird am 4. September in Offenbach im Lotal zum Storch abgehalten. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Was lehrt uns die Reichstagswahl? Referent Dr. M. Quard. 2. Unsere Stellung zu den Landtagswahlen. Referent Reichstags-Abgeordneter W. Schmidt. 3. Welche Erfolge hatten wir bei den Landgemeinden- und Stadtverordnetenwahlen und wie können wir ferner für dieselben wirken? Referent Scheurle und R. Opificius. 4. Bericht des Provinzial-Vertrauensmannes (Fr. Knoop in Frankfurt a. M., Gr. Sandgasse 23) sowie Besprechung der ferneren Gestaltung der Partei-Organisation für Oeffen-Rassau.

Reichstagswahl-Abrechnungen. Kreis Torgau-Liebentwerda: Einnahme 486,55 M. (wovon 400 M. vom Zentralkomitee), Ausgaben 589,46 M.

11. badischer Kreis Mannheim (vorläufige Abrechnung): Einnahme 4245 M., Ausgabe 6829 M.

Für Dessau und Umgegend ist am Montag ein sozial-demokratischer Verein gegründet worden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Die Säkularitäten des ambulanten Gerichtsstandes sind wieder einmal dem „Volksblatt für Halle“ zu Theil geworden. Wegen des Berichtes über eine Verammlung des Holzarbeiter-Verbandes hat der Richtermeister Bonhoff in Delitzsch, dessen Verhältnisse besprochen worden waren, beim Amtsgericht seines Wohnorts Verleumdungssklagen gegen den Redakteur Weichmann angestrengt. Als dieser, insofern seiner Abwesenheit von Halle, in einem Termin nicht in Delitzsch erschien, wurde in Beziehung auf den nächsten Termin ein Vorführungsbegehren ihn erlassen. Trotzdem sich der verlagte Redakteur sofort nach seiner Rückkehr dem Gericht stellte, wobei er um Zurücknahme des Vorführungsbegehrens bat, ist die Zwangsvorführung aufrecht erhalten worden. Und alles das wegen einer Privatklage!

Der polnische Parteigenosse Dylong in Königshütte ist vom dortigen Schöffengericht zu 30 M. Strafe oder 3 Tagen Haft verurtheilt worden, weil er bei einer Flugblattvertheilung eine Verleumdung verübt haben soll. Dylong hat gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt. Ferner ist gegen ihn von der Deutscher Staatsanwaltschaft Anklage wegen Vergehens gegen § 131 St.-G.-B. erhoben worden. Der Inhalt der von ihm verbreiteten „Odczwaz przedwytoreza do polskiego ludu“ soll strafbar sein.

Neunter internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Wien, den 3. August 1908.

Die Sitzung wird vom Tagespräsidenten Moutart (Belgien) mit der Verlesung von Begrüßungsdelegirten, die von französischen und polnischen Bergarbeitern eingelaufen sind, eröffnet. Die Diskussion über die Arbeitslohnfrage wird fortgesetzt.

Tabrot (Belgien): Die belgischen Verhältnisse in der Kohlenindustrie sind so beschaffen, daß es bisher nicht möglich war, eine Lohnerhöhung, geschweige denn die Festsetzung eines Minimallohnes zu erzwingen. Auf den Kongressen werden schöne Worte gesprochen und noch schönere Beschlüsse gefaßt, aber nach den Kongressen bleibt alles beim alten. Wenn die Kongresse einen Nutzen haben sollen, müssen die Arbeiter mehr für die Durchführung der Beschlüsse thun als bisher.

Brau (Böhmen) bittet bei der Frage des Minimallohnes um Berücksichtigung, daß jetzt den Arbeitern Lohnabzüge für Beleuchtungsmaterial, Schutzgelde etc. gemacht werden. Er fragt, ob bei der Festsetzung eines Minimallohnes diese Abzüge nicht in Anrechnung gebracht werden müssen.

Young (Kontinental) spricht sich gegen die Resolution und den Minimallohn aus. Die Resolution hat keine andere Bedeutung, als daß darin der Wunsch nach möglichst hohen Löhnen ausgesprochen sei, was natürlich auch sein Wunsch sei. Wenn das Prinzip des Minimallohnes durchgesetzt wird, so wird es den Bergarbeitern mehr schaden als nützen. (Widerspruch bei den Engländern.) Soll der Minimallohn ein allgemeiner sein oder soll er

verschieden sein in den verschiedenen Distrikten? Stark aus Böhmen hat gestern einen Minimallohn von 1 fl. 70 kr. als erstrebenswerthes Ziel hingestellt. Die englischen Bergleute müssen aber einen Minimallohn von 4 fl. 20 kr. verlangen. Wird der von Stark befristete Minimallohn eingeführt, so müssen alle englischen Bergleute verkümmern, wird der englische Minimallohn zum Gesetz erhoben, müssen alle Bergleute in Oesterreich geschlossen werden, da dort ein derartiger Lohn nicht bezahlt werden kann, und die österreichischen Bergleute müssen verkümmern. Es ist eine Verkennung der Wahrheiten der national-ökonomischen Wissenschaft, wenn man an die Möglichkeit der Festsetzung eines Minimallohnes glaubt. (Widerspruch.) Der Lohn richtet sich nach Angebot und Nachfrage außer diesem Gesetze gibt es nichts, was auf die Gestaltung der Löhne Einfluß hat. (Widerspruch.) Die Resolution enthält einen Wunsch, den alle hegen, der aber unerfüllbar ist. Aus der bisherigen Diskussion ist kein Argument zu Tage gefördert worden, das mich in meiner Ueberzeugung wankend machen könnte. (Widerspruch.)

Ebert (Sachsen): Die Ausführungen Young's dürfen nicht unmissverständlich bleiben. Die vorgeschlagene Resolution bedevote keineswegs, denselben Minimallohn für alle Bergarbeiter der ganzen Welt festzusetzen. Wenn Genosse Stark von einem Minimallohn von 1 fl. 70 kr. gesprochen habe, so beziehe sich das nicht einmal auf alle österreichischen, geschweige denn die englischen Bergarbeiter, sondern nur auf die Arbeiter des von Stark vertretenen Reviers. Die Resolution wollte nichts anderes als den Grundlohn des Minimallohnes bekräftigen (Sehr richtig!), die Höhe des Minimallohnes aber müsse für jedes einzelne Revier besonders festgestellt werden. Wenn Young keine anderen Argumente anführen könne, als die Unmöglichkeit eines gleichen Lohnes für alle Bergarbeiter, so kämpfe er gegen Windmühlen und polemisiere gegen Behauptungen, die niemals von irgend jemand vorgebracht worden seien. Young habe aber auch eine nationalökonomische Theorie entwickelt, die dem Redner ganz unverständlich sei. Wenn die Löhne nur durch Angebot und Nachfrage reguliert würden, so frage er, wozu denn dann überhaupt eine Organisation, wozu die gewaltigen Kämpfe, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen? (Lebhafter Beifall.) Der Preis der Waaren erhöhe sich bei dem Gesetze von Angebot und Nachfrage unterworfen. Aber was für die Kohle gelte, das gelte keineswegs für den Kohlenhauer. Die menschliche Arbeitskraft sei keine Waare, Leib und Leben der Arbeiter, ihrer Frauen und ihrer Kinder sei kein Handelsartikel. (Lebhafter Beifall.) Das seien doch zu altmodische Theorien, die Young da vorgebracht habe. (Sehr richtig.) Es gebe vielleicht Unternehmer, die sich zu solchen Theorien bekennen, wenn die Arbeiter eine Lohnerhöhung verlangen (Beifall), aber er zweifle, daß selbst diese Unternehmer an ihre Wichtigkeit glauben. Aber sicherlich werde kein Arbeiter eine Lehre akzeptieren, die ihn auf das Niveau der Waare herabdrücke, die ihm jede Hoffnung benehme, sich eine menschenwürdige Lebenshaltung zu erobern. Niemand dürfe von den Arbeitern verlangen, daß sie ihre Arbeitskraft zu einem Preise veräußern, der ihnen nicht gestatte, sich und ihre Familien einen angemessenen Unterhalt zu erhalten. Die österreichischen Bergarbeiter wenigstens halten an der vorgeschlagenen Resolution fest und werden sich in ihrem Kampfe nicht durch die abgelebte Manchestertheorie beirren lassen. (Lebhafter Beifall.)

Calbignac (Carnaux) wendet sich ebenfalls gegen Young. Die Engländer haben doch bisher stets die Festsetzung eines Lohnminimums für unerlässlich gehalten. Die neue Theorie Young's ist die alte liberale Theorie von Angebot und Nachfrage, die den Menschen unter die Waare hinabdrückt und deshalb brutal ist. Wir glauben, diese alte manchesterliche Theorie sei von den englischen Arbeitern längst über Bord geworfen. (Beifall.) Die Theorie von Angebot und Nachfrage degradirte den Arbeiter zum Tragthier und dagegen muß er sich wehren. Der Minimallohn ist aber nicht durch private Verträge zu erreichen, in dieser Form muß der Staat für den wirtschaftlich Schwachen eintreten. In Frankreich, auch in Carnaux, sind schon Minimallohne in den einzelnen Distrikten festgesetzt worden, aber die einschlägigen Verträge sind dann stets von den Kapitalisten einseitig gebrochen worden. Deshalb ist das Eingreifen der Regierung notwendig, und dieses kann nur durch fortwährenden Druck auf die Parlamente erreicht werden. Die Arbeiter sind allmählich zu der Ueberzeugung gelangt, daß solche Dinge nur mit Hilfe des Staates, nicht mit Streiks zu erzwungen sind. (Lebhafter Beifall.)

Verouille (Belgien): Die Frage des Minimallohnes ist die wichtigste, die den Kongress beschäftigt. Das Bestreben der Kapitalisten ist auf möglichst niedrige Löhne und möglichst hohe Verkaufspreise gerichtet, das Bestreben der Arbeiter naturgemäß das direkt entgegengesetzte. Die Arbeiter müssen der heutigen verhängnisvollen kapitalistischen Entwicklung einen Riegel vorschieben, wenn sie ihre Existenz erhalten wollen. Die Erzielbarkeit der Bergarbeiterarbeit ist in den letzten Jahren konstant gestiegen. Daraus ergibt sich, daß die Löhne überall da, wo sie auch absolut nicht reduziert worden sind, doch relativ zurückgegangen sind. Die Löhne der belgischen Arbeiter sind ebenso niedrig wie die der österreichischen Kollegen, die Arbeitszeit ebenso lang. Der Untertagsarbeiter verdient 8 francs 40 Centimes bei elfstündiger Arbeitszeit, der Ober-tagsarbeiter 2 francs 40 Centimes bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Mit dem Minimallohn hängt die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit eng zusammen. Ohne die staatliche Festsetzung eines Lohnminimums ist an eine gesetzliche einheitliche Regelung der Arbeitszeit nicht zu denken. (Sehr richtig.) Die elende Lage des arbeitenden Volkes kann nur durch macht- und kraftvolles Vorgehen der internationalen Arbeiterschaft verbessert werden. (Bravo!)

Garvey (Irland): Die Mehrheit der englischen Delegation kann die Polemik gegen Young nicht den kontinentalen Delegirten allein überlassen. Young will die Löhne von den Verkaufspreisen diktiert wissen. Wir meinen, die Verkaufspreise sollen sich nach den Löhnen richten. (Sehr richtig!) Ich frage, wie ist es möglich, nach der gestrigen Rede des Vertreters von Südwales noch die Theorie von Angebot und Nachfrage aufrecht zu erhalten? Südwales ist das reichste Kohlenfeld Englands, liefert die beste Kohle in ganz Europa, nach dieser Kohle besteht die größte Nachfrage. Man sollte meinen, auch die Löhne müßten dort am allerbesten sein. Ist es aber nicht Thatsache, daß in Südwales die Löhne die schlechtesten sind von allen Distrikten Englands? Die Verhältnisse in Südwales allein werfen die alte Theorie über den Haufen. Ich bin mit dem österreichischen Kollegen Ebert vollständig einverstanden. Wozu organisieren wir uns, wenn das Familienleben des englischen Arbeiters von den Kohlenbörsen in Newcastle oder Cardiff abhängen sollte, wenn die Existenz des englischen Arbeiters wirklich von den Spekulantent auf diesen Börsen bestimmt werden sollte? Deshalb bringen wir dann so große Opfer für unsere Organisationen, warum legen wir nicht die Hände in den Schooß und lassen uns ruhig aushungern? Das wollen wir aber nicht. An Stelle der alten, von Young befristeten politischen Ökonomie muß die Politik der Menschlichkeit treten. Der Arbeiter darf nicht behandelt werden wie eine Waare, das läßt sich heute kein Arbeiter mehr gefallen. Erst neulich hat der Führer der Liberalen, Harcourt, noch im englischen Parlament gesagt: „Nur wenige Pence werden heute noch den Ruth haben, mit der Theorie von Angebot und Nachfrage ins Parlament zu kommen.“ Der Arbeiter hat ein Recht, zu leben. Die Theorie von Angebot und Nachfrage mag für das Spekulantentum gut sein. Daß die englischen Arbeiter in dieser Frage nicht einig sind, ist sehr bedauerlich; schon die Thatsache der Unmöglichkeit allein würde uns ein gutes Bild vorwärtsbringen, es wäre ein Leichtes, das Prinzip des Minimallohnes überall in England zur Geltung zu bringen. Wir müssen uns heute damit trösten, daß unsere Arbeit, die wir in der Miners Federation leisten, auch den dissentirenden Kollegen zu gute kommt. Ich appellire an die Anhänger Young's, sich ihre Abstimmung noch einmal zu überlegen, ich appellire an alle Kollegen, für den Minimallohn einzutreten und sich nicht mehr länger wie eine verkäufliche Waare behandeln zu lassen! (Stürmischer Beifall.)

Ludwig Schröder (Essen), als Gast zum Wort zugelassen, konstatiert, daß in Deutschland die Bergarbeiter schon seit 1880 auf

dem Standpunkt Harven's stehen. Er appelliert an die englische Delegation, ein einmütiges Votum abzugeben.
Die Diskussion wird geschlossen. Die Abstimmung ergibt die Annahme der Resolution für den Minimallohn mit 818 000 gegen 136 000 Stimmen. Dagegen stimmen nur die Delegierten der National-Union.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ziegelarbeiter werden fortgesetzt im „Berliner Lokalanzeiger“ nach Frankenthal in der bayerischen Rheinpfalz gesucht. Wie uns ein Arbeiter mitteilt, der sich hier bei Abelmann, Schlegelstraße 33, anwerben ließ, ist allen Arbeitern zu rathen, auf diese Arbeitsgelegenheit zu verzichten. Dem betreffenden Arbeiter wurde hier in Berlin eine eifständige Arbeitszeit in Aussicht gestellt, die sich aber, als er angekommen war, bedeutend erhöhte, denn es wurde in dem Betriebe eine Arbeitszeit von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr abends verlangt. Das im Kontrakt gewährte Logis erwies sich als ein Raum, der selbst den allerbedeutsamsten Ansprüchen, die ein Arbeiter an eine Schlaf- und Wohnstätte stellen kann, nicht im entferntesten entsprach. Die Ankommlinge waren gezwungen, auf den Dielen zu schlafen. Nicht besser sah es mit dem Essen aus. Der ausbedungene Lohn von 24 Mark pro Woche schrumpfte bedeutend zusammen. In anbetracht dieser Zustände haben mehrere Arbeiter die Erfüllung ihres Kontrakts verlangt und als ihnen dies verweigert wurde, die Arbeit eingestellt. Leider ließen sich die Arbeiter bei der Anhängigmachung einer Klage vor dem Gewerbegericht einschüchtern und machten ihre Rechte nicht geltend. Es sei deshalb nochmals vor den Anwerbern von Ziegelarbeitern nach Frankenthal gewarnt!

Die baugewerblichen Arbeiter in Hensburg stehen bekanntlich im Streit. Die Innung der dortigen Maurer- und Zimmermeister sucht Arbeitskräfte von auswärts heranzuziehen und veröffentlichte deshalb auch im „Berliner Lokal-Anzeiger“ ein Inserat, worin sie Maurer und Zimmerleute suchte. Ein Berliner Zimmerer wandte sich mittels Postkarte an die Innung und erhielt darauf von dem Hensburger Architekten und Zimmermeister A. W. Frale folgende, vom 28. Juli datierte Mitteilung:

„Auf Ihre Karte vom 28. d. M. theile ich Ihnen im Auftrage der Innung mit, daß wir noch viele Gefellen (Zimmerer und Maurer), die nicht dem Verbands angehören, anstellen können, da hier wegen Lohnhöhung und Verminderung der Arbeitszeit Streit ausgebrochen ist. (Es streiten die Zimmerer, Maurer und auch die Tischler). Wollen Sie mit einigen Kollegen hierher kommen (Maurer oder Zimmerer) und bei uns für 45 Pf. pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit arbeiten, so können wir Ihnen, wenn Sie sich als tüchtige Handwerksgefallen erweisen, dauernde Arbeit versprechen. Auch werden wir Ihnen, wenn Sie bei uns mindestens 2 bis 3 Wochen zu unserer Zufriedenheit gearbeitet, auch die Reisefosten (Fahrtgeld 4. Klasse) vergüten. Wollen Sie unter diesen Bedingungen und Verhältnissen bei uns in Arbeit treten, so kommen Sie nur hierher und schreiben Sie ja, wam Sie hier ankommen (Tag und Stunde), damit wir für Logis sorgen und sie vom Bahnhof abholen können. Am schwierigsten wird es für Sie sein, hierher zu kommen ohne Verlastung durch die streikenden Gefellen, da diese die Bahnzüge begleiten und die Zureisenden überreden, nicht nach hier oder Neumünster, Lübeck etc., wo überall gestreikt wird, zu reisen, dem Ueberredeten die Unkosten bezahlen und noch Abstandsgebühren geben.“

Das Schreiben zeigt, daß die Hensburger Bauarbeiter gut zusammenhalten, und daß die Versuche der Innung, auswärts genügenden Ersatz zu bekommen, bis jetzt vergeblich waren, was sie hoffentlich auch bleiben werden. Wir insbesondere jeder hiesige baugewerbliche Arbeiter umständlich darauf hin, daß aus Berlin und Umgegend kein Zugang nach Hensburg und den übrigen norddeutschen Streikorten kommt.

Der Bauunternehmer Herr D. Laubisch theilt uns zu dem in gestriger Nummer veröffentlichten Aufruf der Lohnkommission der Bauarbeiter berichtigend mit:

„Die Steinträgerkolonne hatte mit mir bei Beginn ihrer Arbeiten feinerzeit vereinbart, daß für jedes getragene Tausend Steine 10 Pf. einbezahlt werden sollten und daß die Abrechnung bezüglich der in der Woche getragenen Steine am Sonnabend Nachmittag gegen 3 Uhr erfolgen sollte. Was nach dieser Zeit getragen wurde, sollte für die nächste Woche übernommen werden.“

Deutsches Reich.

Ein parlamentarischer Komitee der Textilarbeiter Deutschlands ist auf dem Textilarbeiterkongress, der letzte Oftern in Gera tagte, eingesetzt worden. Das Komitee hat nun, gemäß dem vom Kongress erhaltenen Auftrage, an die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, zu Händen des Abgeordneten Pöbel, eine Forderung gerichtet, worin die Forderung erfaßt wird, nachstehenden Forderungen, soweit es in ihrer Macht steht, gelegentlich im Reichstage Geltung zu verschaffen.

Es wird gewünscht: 1. bei dem Abschluß von Handelsverträgen neben den Fabrikanten sollen auch die interessierten Arbeiter um ihre Meinung gefragt werden; 2. die Vorseitigung der industriellen Gefährlichkeit; 3. Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie; 4. Anstellung auch weiblicher Fabrikinspektoren; 5. Verbot der Lohnvereine; 6. Verbot des Prämien-Lohnsystems.

Diesen Forderungen ist eine kurze Begründung beigegeben, aus welcher der auf den ersten Punkt bezügliche Passus hier wieder gegeben sei. Derselbe lautet:

„Da die Abschlässe von Handelsverträgen häufig nur im einseitigen Interesse der Unternehmerklasse getroffen oder im Finanzinteresse unterlassen wurden, hält man es im Interesse einer gedeihlichen Fortentwicklung von Industrie und Handel für notwendig, daß alle derartigen Abmachungen auf ihre Wirkung für die Gestaltung der Lebenshaltung der Arbeiter geprüft werden, was nur zu erwarten sei, wenn auch die Ansicht der Arbeiter dabei zur Geltung komme.“

Die Brotträger Hamburgs und Umgegend haben eine Organisation errichtet; derselben traten schon in der Gründungsversammlung 130 Mann als Mitglieder bei.

In Süddeutschen befinden sich sämtliche Weber der Firma Fr. Hendrich's Söhne in Kündigung wegen Lohnhöhen. Zugang ist fern zu halten.

In Delsch sind die Differenzen, die in der Schuhfabrik von Sonntag u. Franke ausgebrochen waren, dadurch beendet, daß Herr Franke die Kündigung seiner 200 Arbeiter zurückgenommen hat.

Die Brauer in Dresden sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern Erhöhung des Lohnes und feste Regulierung desselben, zehnstündige Arbeitszeit für die Hilfsarbeiter, Wegfall der Sonntagsarbeit, Aufschlag für Ueberstunden. Die Unternehmer verhalten sich der Lohnkommission gegenüber ablehnend. Die Arbeiter verlangen bis zum 15. August bestimmten Bescheid. Es kommen gegen 500 Arbeiter in Frage.

Der Streit der Bauarbeiter ist für beendet erklärt. Die Arbeiter haben ihre Forderungen nur theilweise durchgesetzt.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Weimar wurden in der Klasse der Arbeiterbeisitzer die Kandidaten des Gewerkschaftskartells mit 147—149 Stimmen gewählt; von 300 eingeschriebenen Wählern haben 150 ihr Stimmrecht ausgeübt. In der Klasse der Unternehmervertreter siegten die Kandidaten des Gewerbevereins mit 14 bis 25 Stimmen über die des Gewerkschaftskartells, die es auf 12 bis 14 Stimmen brachten.

Die Hafnarbeiter in Ludwigshafen am Rhein stehen in einer Lohnbewegung, die sie zunächst auf gütlichem Wege zu beenden hoffen. Es handelt sich um die Durchföhrung tarifmäßiger Arbeitsbedingungen. Zugang ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Die Nürnberger Bauhandwerker haben in drei großen Versammlungen beschlossen, die Abschaffung der Akkordarbeit und des Ueberstunden-Systems zu erstreben, ferner soll die feinerzeit gewählte Kommission dem Magistrat weitgehende Vorstöße betreffend den Erlass von Unfallverhütungs-Vorschriften machen, da in den jetzigen Vorschriften ein baugewerblicher Arbeiterschutz nicht erblickt werden könne.

In München ist der Schuhmacherstreik bei der Firma Gebr. Regenstein zu Ende. Herr Regenstein verpflichtet sich, die Ausständigen so weit wie möglich wieder einzustellen und die nicht ordnungsmäßigen Zeugnisse außer Wirkung zu setzen.

Ausland.

Die Zimmerer Amsterdams haben mit großer Mehrheit den Generalstreik beschlossen, nachdem Vermittlungsversuche an der Hartnäckigkeit der Unternehmer gescheitert waren. Die Arbeiterblätter, insbesondere die im Westen Deutschlands, werden erlucht, hiervon Notiz zu nehmen, damit der etwaige Zugang deutscher Zimmerer unterbleibt.

Soziales.

Ueber den Konflikt zwischen Apothekern und Krankenkassen, der in Halle a. S. ausgebrochen ist, wird uns von dort geschrieben:

Im Februar theilte der Apothekerverein für Halle und Giebichenstein den Orts- und freien Hilfskassen unter Berufung auf die neue preussische Arzneitaxe mit, daß vom 1. April an der bisher auf Medikamente gewährte Rabatt von 25 pCt. auf 10 pCt. herabgesetzt werden solle, doch sei daran noch die Bedingung geknüpft, daß in Zukunft auch sämtliche Handverkaufsartikel von den Apothekern bezogen werden müßten. Durch eine Kommission ließen die Kassen dem Apothekerverein erklären, sie verzichteten auf jeden Rabatt, würden aber die Handverkaufsartikel aus den Droguengeschäften beziehen. Die Angelegenheit schien damit erledigt, bis Ende Juni ein neues Schreiben der Apotheker einlief, worin die früheren Bedingungen in der Hauptsache wiederholt waren und hinzugefügt wurde, die Mitglieder des Apothekervereins hätten sich bei 10 000 M. Konventionalstrafe auf zehn Jahre verbindlich gemacht, an den gestellten Bedingungen festzuhalten. Die Kassenkommission theilte den Apothekern nochmals mit, daß auf jeden Rabatt verzichtet würde und in den Handverkaufsartikeln die Kassen sich freie Hand bestielten.

Da trat etwas Unerhörtes ein. Am 15. Juni erhielten die Vorstände von sieben Orts-Krankenkassen sowie die der freien Hilfskassen die briefliche Mitteilung, vom nächsten Tage an (16. Juli) würde jedes ihrer Rezepte nur gegen Barzahlung angefertigt werden. Bei den freien Hilfskassen sollte der neue Modus am 1. August in Kraft treten. Das Anerbieten der Kassen, bei jeder Apotheke eine Kautions hinterlegen, wurde abgelehnt. Die Kassen waren kurz entschlossen und vereinbarten, bis zur Klärung der Angelegenheit nur in drei Apotheken sämtliche Rezepte anfertigen zu lassen. Die größte der Kassen, die der Maschinenbauer, wendete nur einer Apotheke alle Rezepte zu. Täglich wurden zu bestimmten Stunden die bis dahin aufgegebenen Rezepte vomendanten der Kasse bezahlt. Daß hierin für die Kassenverwaltung wie für die erkrankten Mitglieder eine außerordentliche Erschwerung lag, ist klar. Die dortigen Kassen wandten sich in einer Gesamteingabe an den Magistrat. Der Dezernent für das Krankenkassenwesen, Stadtrath Winter, nahm dieses Schriftstück aber nicht an, sondern verlangte, daß jede Kasse einzeln eine Eingabe einreiche. Und als die eine Kasse diesem Verlangen nachkam, forderte Herr Winter, daß die andern Kassen binnen 24 Stunden folgten. Die Erregung über diese unerwartete Haltung des Magistrats war unter den Kassennmitgliedern allgemein. Sie wurde noch verstärkt, als bekannt wurde, daß einem Kommissionsmitgliede, von dem eine öffentliche Versammlung aller Krankenkassen zwecks Besprechung der Vorstöße angemeldet worden war, durch den Ober-Polizei-Inspektor Meyer mann erlucht worden war, der Einberufer sei als Beisitzer im Vorstande einer Krankenkasse nicht berechtigt zur Einberufung der Versammlung. Nur dem zufälligen Umstande, daß die Versammlung in letzter Stunde noch von anderer Seite einberufen worden war, war es zu danken, daß sie stattfinden durfte. Denn die Mitteilung, daß die vom ersten Einberufer erfolgte Anmeldung nicht anerkannt werde, erfolgte erst in der siebenten Abendstunde am Tage vor der Versammlung, so daß die 24stündige Frist zur neuen Anmeldung durch ein anderes Kassennmitglied nicht mehr eingehalten werden konnte. In der stark besuchten Versammlung wurde nach einem Referate des Redakteurs H. D. Thiele eine Resolution angenommen, welche scharfe Kritik an der durch die Apotheker versuchten Vergewaltigung Abt und dem Verstehen über die Haltung des Magistrats und der völligen Passivität der Ärzte ausspricht. Die Kommission erhielt den Auftrag, die Angelegenheit mit aller Energie auf dem beschwerdeweise und dem Klagenwege zu verfolgen, damit die Apotheker zur Reision gebracht werden und auch dem Magistrat die Belehrung zu theil wird, daß von ihm eine andere Haltung hätte erwartet werden müssen.

Inzwischen ist es unter den streitenden Theilen zu einer Verständigung gekommen. In einer vom Stadtrath Winter einberufenen Zusammenkunft, an welcher Vertreter von 28 Ortskrankenkassen und 11 Apothekenbesitzer theilnahmen, einigte man sich auf folgende Grundlage: „Den sieben Krankenkassen, denen der Kredit entzogen worden ist, wird derselbe sofort wieder gewährt. Jede Kasse soll demnächst eine Generalversammlung einberufen, welcher die Vorstöße zur Beschließung zu unterbreiten sind; jede Kasse soll auch bestimmen, woher sie die Handartikel beziehen will.“

Das „Volksblatt für Halle“ theilt über die Verhandlung noch mit: „Die Apotheker verlangten anfangs, jede einzelne Kasse solle mit ihnen in Verhandlung treten. Stadtrath Winter machte jedoch die Herren darauf aufmerksam, daß die Besprechung ja eben dazu da sei, eine Einigung zu erzielen. Die Ausgaben für die Apotheken betragen bei den hiesigen Orts-Krankenkassen jährlich 43 000 bis 45 000 M. — So sind die Apotheker mit ihrem jeden Verstoß in die Rechte der Krankenkassen unterlegen und haben sich dabei eine wohlverdiente Schamgeheiß geholt. Die übermäßige Vereinbarung, jeder Apotheker sei auf 10 Jahre bei 10 000 M. Strafe an ihre Abmachung gebunden, ist für die Kassen gewiss. Auch die Herren Apotheker werden sich daran gewöhnen müssen, daß man mit der Arbeiterschaft nicht umspringen kann, wie es einem die Willkür einfließt. Wenn auch ihr Geldbeutel groß ist, die Macht der Arbeiterschaft ist größer.“

Immer neue Aufwendungen für Kirchenbauten werden auch im oberhessischen Industriebezirk gemacht. So ist für den Kirchenbau in Ramnau am dem Schleißer Freiwalders-Fonds die Summe von 20 000 M. als erste Rate beigetragen worden. Aus demselben Fonds sind dagegen für 21 Schulen nur zusammen 16 845 M. gekostet.

Der Krieg.

In den Friedensverhandlungen wird der „Intern. Korr.“ aus Madrid gemeldet: Die öffentliche Meinung neigt mehr und mehr dahin, daß die von Nordamerika gestellten Bedingungen mit einigen Einschränkungen anzunehmen sind, da ja die Philippinenfrage erst später geregelt werden soll. Dagegen wird mit Nachdruck gefordert, daß die öffentlichen Schulden Kubas und Portoricos auf keinen Fall auf Spanien abgewälzt werden dürfen. Wenn Spanien davon absche, auf die künftige staatsrechtliche Stellung beider Inseln einzuzuwirken und die Entscheidung hierüber den Vereinigten Staaten überlasse, so sei es auch deren Sache, zu bestimmen, in welcher Weise die Schuldtitel der Inseln sichergestellt würden.

Von anderer Seite erhält dieselbe Korrespondenz folgende Meldungen: In Pariser Kapitalistenkreisen ist man der Ansicht, daß die französischen Besitzer kubanischer Schuldtitel die Intervention der französischen Regierung anrufen werden, falls bei dem Friedensschlusse diese Schuld von Spanien übernommen werden müßte. Die Schuld hätte vermögensrechtlich an den staatlichen Souveränitätsrechten der Insel und könne ohne die Zustimmung der Gläubiger nicht auf einen Staat übertragen werden, der keinerlei Befugnisse mehr an der Insel habe. Daß aber Spanien, das voraussichtlich sofort nach dem Friedensschlusse den Staatsbankrott anmelden werde, die kubanische Schuld tragen sollte, würden die Gläubiger niemals zugeben.

Sagasta, der über den Stand der Friedensverhandlungen befragt wurde, hat geantwortet, daß die Verhandlungen noch nicht beendet seien, und daß die Regierungen von Washington und Madrid über dieselben absolute Reserve beobachten müßten.

Die „Tribune“ aus Washington meldet, daß Spanien den Friedensbedingungen so gut wie zugestimmt haben, ohne materielle Abänderung zu verlangen. Die gestrige Konferenz habe die Zweifel hierüber beseitigt und deute auf einen eventuellen schnelleren Abschluß hin, als erwartet wurde. Der französische Botschafter Cambou werde vielleicht schon am Freitag oder Sonnabend im Beisein des amerikanischen Botschafters übergeben können, welche zu einem sofortigen Waffenstillstand führen würde. — Eine Meldung des „New York Herald“ aus Washington besagt, vor dem Friedensschlusse würden wahrscheinlich mehrere weitere Noten mit Madrid ausgetauscht werden, durch welche jedoch die Bedingungen nicht wesentlich geändert werden würden. Die Behörden erklären, die Einstellung der Feindseligkeiten werde wohl vor dem Ende der Woche amtlich bekannt gemacht werden können.

Wie sicher man in Amerika auf den demnächstigen Friedensschluß rechnet, geht aus den folgenden Meldungen hervor: „Daily Mail“ wird aus New-York telegraphirt, das Marine-Departement werde demnächst ein Geschwader bilden, welches gleich nach Beendigung des Krieges nach den europäischen Gewässern entsandt werden soll.

Die Eigentümer der Hilfskreuzer „St. Paul“ und „St. Louis“ sind vom Marine-Departement benachrichtigt worden, daß die Hilfe dieser beiden Kreuzer entbehrlich geworden sei. Die Dampfer wurden entwaffnet und aus der amerikanischen Marine ausgeschieden.

Madrid meldungen aus Havana stellen in Aussicht, daß sich ein großer Theil der spanischen Freiwilligen dem Friedensschlusse und der Räumung der Insel widersetzen werde. Dieselben beabsichtigten in diesem Falle den Vertheidigungskrieg auf eigene Faust fortzusetzen und wenn möglich mit dem Aufständischenführer Rogimo Gomez gemeinsame Sache gegen die Nordamerikaner zu machen.

Auch die Schwierigkeiten im Innern mehrten sich für die Spanier. Londoner Abendblätter melden aus Barcelona, daß in den Provinzen Lerida und Leon Schülberhebungen der Karlisten stattgefunden haben.

Dem Pariser „Temps“ wird aus Madrid gemeldet, die Regierung werde die Korles nicht vor dem Herbst zusammenberufen. — Die Presse beginnt wieder lebhaftere Angriffe gegen den Ministerpräsidenten Sagasta in der Friedensfrage und der Frage der eventuellen Folgen des Friedens in der inneren Politik. Silveira und mehrere andere Politiker, welche gegenwärtig von Madrid abwesend sind, sind zurückberufen worden. Der Ministerpräsident Sagasta wird mit denselben über die Friedensfrage berathen.

Aus Kuba wird berichtet: Die Zahl der Personen in Havana, deren Lebensunterhalt auf öffentliche Kosten bestritten wird, wird auf 13 000 geschätzt. Auf der im Süden Kubas gelegenen Insel Pinos, welche als Militär-Hospital benutzt wird, stromen reiche und arme Leute aus Havana in Massen zusammen. Infolge dieser Menschenansammlungen sind Fieber und gelbes Fieber dort ausgebrochen. Die Menschen sterben auf offener Straße und die Behörden sind gezwungen, sie beerdigen zu lassen.

Aber auch unter den amerikanischen Truppen wüthten die Seuchen. General Shafter berichtet unter dem 2. d. M. nach Washington: Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 4200; unter denselben befinden sich 908 Fieberkranken; neuerdings sind 594 Fieberfälle vorgekommen, 705 am Fieber erkrankt gewesene Soldaten sind zum Dienst zurückgekehrt. Sieben Todesfälle sind vorgekommen, davon vier am Fieber.

Aus Portorico wird gemeldet: Der Dampfer „St. Louis“ mit dem General Brooke und einer Anzahl Mannschaften an Bord ist gestern in Ponce angekommen. Die Gesamtzahl der in der Umgegend von Ponce nunmehr aufgestellten Truppen beträgt 9000.

Nach Meldungen aus Ponce auf Portorico zerlören die Spanier auf ihrem Rückzuge nach der Hauptstadt San Juan alle Dörfer und Pflanzungen. Die Bewohner dieser Gegenden flüchteten sich nach Ponce und suchten den Schutz der Amerikaner an. Der Militär-Gouverneur von Ponce, General Wilson, gab ihnen jedoch zur Antwort, daß er seine Truppen nicht vertheilen dürfe und daß der Vormarsch erst angetreten werden würde, bis sämtliche Truppen des Expeditionskorps konzentriert sein werden. Mittlerweile wurde die Brigade Ernst zum Schutz von Ponce auf drei Kilometer gegen San Juan vorgeschoben. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag wurde ein spanischer Angriff erwartet, der aber nicht erfolgte. Das Vorgehen der Spanier gegen die nicht lombardische und bisher dem Mutterlande treu ergebene Bevölkerung von Portorico wird überall scharf mißbilligt. Die Thatsache, daß 2000 Freiwillige von Portorico sich den Amerikanern unterworfen haben, dürfte bereits eine Folge des Vandalismus der Spanier sein.

Der spanische Kriegsminister empfing dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, gestern ein Telegramm von General Macias, wonach der Garnisonchef von Ponce, Oberst San Martin, vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen wurde, weil er seinen Platz beim Kariküren der Amerikaner verließ. Der zweite Kommandant, Oberlieutenant Quig, beging Selbstmord, als er von dem Urtheil hörte. Diese durch die Morgenblätter bekannt werdenden Vorgänge erregten in Madrid große Sensation.

Der Stützpunkt der Amerikaner auf Portorico, der Hafen Ponce, ist für Schiffe aller Nationen freigegeben worden.

Die Depesche aus dem Hauptquartier auf Portorico vom 2. d. M. meldet, daß in Aidomito sich etwa 5000 Mann spanischer Truppen befinden, und daß die amerikanischen Truppen dieselben umzingeln. Die Hauptangriffstruppe der Amerikaner ist weniger als 22 Meilen von Aidomito entfernt. Die Stellung der Spanier ist stark.

Zur Philippinenfrage liegt heute eine New-Yorker Meldung der „Daily Mail“ vor, wonach der Korrespondent des „Hongkong Journal“ eine Unterredung mit dem Insurgentenführer Aguinaldo hatte. Letzterer ist über die Anwesenheit der amerikanischen Truppen auf den Philippinen sehr besorgt. Die weitere Bewegung der Amerikaner will er abwarten, bevor er eingreift.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Immsbruck, 4. August. (W. S.) Der 26 Jahre alte Feiler Karl Lescht aus Biberach in Württemberg stürzte von der Passierspipe ab und blieb sofort todt.

Paris, 4. August. (W. T. U.) Der Schwurgerichtshof in Versailles hatte bei der Verhandlung am 18. Juli mehrere Anträge Pola's hinsichtlich des Ganges des Verfahrens abgelehnt. Pola hatte dieselben an den Kassationshof appellirt, welcher heute über die Angelegenheit verhandelte. Die Staatsanwaltschaft beantragte Verwerfung der Appellation. Der Gerichtshof wird morgen das

San Sebastian, 4. August. (W. T. U.) Die hiesigen Behörden erklären die Nachricht, daß an der Grenze für aus dem Auslande kommende Reisende Pässe erforderlich seien, für falsch. Aus der Provinz Navarra wird eine erhebliche Bewegung gemeldet. In den baskischen Provinzen entfallen die Jesuiten lebhafteste Tätigkeit zu gunsten einer Erhebung.

Lokales.

- Die Adressen der Prekominmissions-Mitglieder sind für den**
- I. Wahlkreis.
 - August Tötterow, Kommandantenstr. 40.
 - Karl Wold, Kanonenstr. 13, vorn 3 Tr.
 - II. Wahlkreis.
 - Gustav Barisch, Goltzstr. 28.
 - Ferdinand Ewald, Schönleinstr. 6.
 - III. Wahlkreis.
 - Ad. Wartenberg, Louise-Platz 30.
 - Wilhelm Schökel, Mariannen-Platz 5.
 - IV. Wahlkreis.
 - Paul Hoffmann, Doppelnerstr. 21.
 - W. Schulz, Weidenweg 5.
 - V. Wahlkreis.
 - Ad. Roth, Schönhauser Allee 2.
 - Leop. Liepmann, Lützenstr. 25.
 - VI. Wahlkreis.
 - A. Dornbusch, Salswallerstr. 9.
 - Karl Leid, Soldinerstr. 87.
- Rieder-Varnim.**
- Robert Pasewaldt, Weissenhof, Streustr. 120.
 - Emil Gerstenberger, Weissenhof, Wilhelmstr. 3.
- Feltow-Weeslow.**
- Otto Görke, Charlottenburg, Wallstr. 68.
 - Otto Jungandreas, Nixdorf, Prinz Handjerystr. 54.

Die Trauerfeier war auf Anordnung des Kaisers gestern Vormittag in der Gedächtniskirche für den Fürsten Bismarck veranstaltet. Zur Teilnahme war nur eine beschränkte Zahl von Personen zugelassen, vor allen der Hofstaat, Vertreter parlamentarischer und städtischer Körperschaften, sowie eine Anzahl höherer Beamter und Militärs. Allgemein nahm man an, daß auch von der Familie Bismarck jemand an dieser Trauerfeier teilnehmen würde. Aber die höfliche, ablehnende Haltung, die fast allen Anordnungen des Kaisers von seiten der Familienangehörigen entgegengebracht wurde, wiederholte sich auch hier, man blieb dem Akt fern. Vor der Kirche hatte natürlich eine große schaulustige Menge Platz genommen, die immer zur Stelle ist bei solchen Gelegenheiten.

Die Kellern der Berliner Kaufmannschaft hatten an die Geschäftsleute den Wunsch ergeben lassen, ihre Lokalitäten während des Gottesdienstes zu schließen; nur wenige waren dem nachgegeben. An der Peripherie trug die Stadt ihr gewöhnliches Aussehen und nur im Zentrum hatten die Hoflieferanten und einige große Geschäfte von zehn bis zwölf Uhr geschlossen. In Fabriken wurde mit ganz wenigen Ausnahmen gearbeitet, da, wo es nicht geschah, mußten wie üblich die Arbeiter einen Lohnverlust quittieren.

Die bürgerliche Presse befindet sich im Stadium eines starken Sensationsfiebers. Alles schreit und lärm. Alle alten Schmöker aus Bismarck's Leben werden ausgepackt und der staunenden Menge aufgeschicht. Man jammert, daß noch kein Mensch weiß, wann die sterblichen Reste des Fürsten Bismarck beigelegt und es ist sicher anzunehmen, daß der „Lokal-Anzeiger“ ein Extrablatt herausgibt, wenn diese wichtige Frage entschieden ist. Allem Anschein nach sind die Angehörigen des Verstorbenen bemüht, den sensationellsten Berichtserstatterer respektvoll den Platz vor der Tür anzuweisen. Das schüßt uns natürlich nicht davor, daß wir endlose Berichte und Schilderungen der nebensächlichsten Art über uns ergehen lassen müssen. An Stoff mangelt es nicht. Jeder Besucher in Friedrichsruh muß Revue passieren und sehnsüchtig schaut ihm der Reporter nach, ohne in das Heiligste eindringen zu können. Aber über solche Dinge ist man heute erhaben. Die moderne Zeitungstechnik weiß auch da Ausschilfe, wo keines Reporters Auge hinzuschauen vermag. Brachte uns doch der „Lokal-Anzeiger“ eine Illustration, die den Todten auf dem Sterbebette zeigt. Die Skizze sollte im Sterbezimmer aufgenommen sein. Dazu schreiben nun die „Hamburger Nachrichten“: „Der Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt in einer seiner letzten Nummern eine Zeichnung, die den Fürsten Bismarck auf dem Totenbett darstellen soll. Aufsehenerregend hat sich das sonst mit Wohlwollen für den verstorbenen Fürsten redigirte Blatt durch die dem Wilde beigefügte falsche Angabe seines Reporters: „Gezeichnet nach einer im Sterbezimmer aufgenommenen Skizze“ verleiten lassen, die wenig ansprechende Zeichnung, die im Ganzen wie in allen Einzelheiten ein unrichtiges Bild gewährt und auf die Mitglieder der fürstlichen Familie nur peinlich wirken konnte, zu veröffentlichen. Demgegenüber sind wir zu der Erklärung ermächtigt, daß niemand in der Lage gewesen ist, im Sterbezimmer eine Skizze des verstorbenen Fürsten aufzunehmen. Selbst große Künstler, die seit langen Jahren zum Fürsten in freundschaftlichen Beziehungen standen, haben am Totenbette nicht einen Augenblick das Bedürfnis empfunden, die Ruhe des großen Todten und den heiligen Frieden des Sterbezimmers durch Aufnahme von Skizzen zu stören. Auch die Annahme, daß das Bild im „Lokal-Anzeiger“ heimlich von unbefugter Seite gezeichnet worden sein könnte, ist ausgeschlossen, da in den vierundzwanzig Stunden, die vom Hinscheiden des Fürsten bis zur Eintragung vergangen sind, ununterbrochen zwei Forstbeamten am Sterbebette streng und feierlich die Todtenwache gehalten haben, der militärischen und sonstigen Maßregeln nicht zu gedenken, die zur Abhaltung unbefugener Eindringlinge ergriffen worden waren. Dem Wilde im „Lokal-Anzeiger“ kann sonach kein anderer Enttous zu grunde liegen, als ein nach Hörensagen und Zeitungsberichten frei erfundener. Das nämliche gilt von den Abbildungen, die jetzt auf Postkarten zc. in den Handel gebracht werden und ebenfalls den Fürsten auf dem Totenbette darstellen. Sie haben nicht den geringsten Werth und müssen auf jedes feinere Gefühl abstoßend wirken.

Wie bekannt, ist das nicht das erste Mal, daß dieses Sensationsblatt auf dem Gebiet angetroffen wird und seine Behauptung, daß democh die Skizze am Orte aufgenommen ist, klingt, der positiven Behauptung der „Hamburger Nachr.“ gegenüber, sehr unwahrscheinlich. Aber bereits ist ein zweites Blatt, die „Berliner Illustrirte Zeitung“, die im Verlag der „Berliner Zeitung“ erscheint, in Konkurrenz mit dem „Lokal-Anzeiger“ getreten und weist auf eine gleiche Darstellung in seiner nächsten Nummer hin. Keiner will dem andern etwas nachgeben!

Eine würdige Form der Verehrung für den Todten kann auch dem Gegner Achtung abgewinnen. Dieses Aibeau einer Zeitungsmache, die nur Sensationshascherei betreibt, kann nur Widerwillen erregen.

Das Telephon im Dienste der Berliner Feuerwehr. Eine bemerkenswerthe Neuerung auf dem Gebiete des Feuermeldewesens wird zur Zeit bei der Feuerwehr-Verwaltung zu Berlin eingeführt. Das Telephonnetz der Berliner Feuerwehr wird der Anzahl der Feuerwachen entsprechend in 16 Sektionen eingetheilt. Jede dieser Sektionen bildet ein eigenes Radialsystem, in dem von den Telegraphen-Apparaten jeder Feuerwache eine Anzahl unterirdischer Kabel nach allen Richtungen sich verzweigen. Sowohl die öffentlichen Straßenfeuerwachen, als auch die Privatmelder, zusammen ca. 700 automatische Meldel, sind an diese Kabelleitung angeschlossen. Der Betrieb geschieht mittels Arbeitsstrom; die Morse-Apparate liegen unter Zwischenschaltung einer Batterie mit einem Pol an der Erde, während der zweite Pol mit einer Kabelleitung in Verbindung steht, die bei Inbetriebnahme eines Melders mit der Erde in Verbindung gebracht werden. Eine Verständigung von dem der Feuerwache mit dem nächsten gelegenen Melder nach der Feuerwehr war bisher nur mit Hilfe eines Telegraphisten unter Benutzung des an jedem Melder angebrachten Tastens und Beobachtung der Radel des Galvanostops möglich. Selbstverständlich war diese Form der Korrespondenz sehr umständlich und beschränkt und machte sich

dringend der Wunsch nach telephonischer Verständigung bemerkbar. Zu diesem Zwecke wird augenblicklich jede Kabelleitung bei ihrer Einmündung in die Feuerwache mit einem Telephonapparat in Verbindung gebracht. Diese Telephonapparate werden direkt an den Apparatischen und leicht erreichbar für den Telegraphisten angeordnet. Jeder Feuermelder wird mit einer Stäpelfung ausgestattet, um den von jedem Mannschaftswagen und jedem Telegraphisten mitgeführten transportablen Sprechapparat, unter Benutzung eines entsprechenden Stäpfels einzuschalten. Die tragbaren Apparate sind in einem Lederkasten mit Tragriemen eingeschlossen und von geringem Gewicht. Sowohl die feststehenden Apparate auf den Wachen, wie die transportablen Apparate enthalten je ein Mikrotelephon mit Vorrichtung zur Einschaltung eines zweiten Telefons. Die transportablen Apparate sind noch mit einem Anschlußstempel und die stationären Apparate mit einer Anrufvorrichtung versehen. Der Anruf von den Meldern aus erfolgt unter Benutzung der Telegraphie-Taste. Die Apparate zeichnen sich durch große Einfachheit und Uebersichtlichkeit aus, und sind unter Zwischenschaltung eines besonders konstruirten Kondensators mit der Leitung verbunden. Ueber die angestellten Versuche theilt der „Elektrotechnische Anzeiger“ mit, daß selbst bei größtem Strahlenlärm, z. B. am Spittelmarkt, Ecke Leipzigerstraße, eine ausgezeichnete Verständigung möglich war, ohne daß der der Telegraphenbetrieb im geringsten beeinflusst oder gestört wurde. Mit Hilfe dieser Apparate steht der Kommandirende eines Löschzuges während eines Brandes in beständiger telephonischer Verbindung mit der Feuerwache und ist dadurch in der Lage, alle Anordnungen zu treffen und Berichte ohne Zeitverlust abzugeben. Die tägliche Prüfung der Meldel findet ebenfalls mit Hilfe der transportablen Telephonapparate statt. Ähnliche Anlagen sind bei der städtischen Feuer-Telegraphen-Verwaltung Stuttgart und in einigen anderen Städten des In- und Auslandes bereits seit längerer Zeit eingeführt und haben sich bei großen Bränden vorzüglich bewährt.

Die Schlagfertigkeit der Berliner Feuerwehr dürfte also durch Einführung dieser Telephonrichtung ganz bedeutend erhöht werden.

Unsere Notiz über „Die Bestrafen unter der Berliner Bevölkerung“ ist merkwürdigerweise von einer Reihe bürgerlicher Blätter Wort für Wort übernommen worden. Auch die erläuternden Bemerkungen, die wir dem Resultat der polizeilichen Zählung der Berliner Bestrafen beigegeben hatten, hat keines dieser Blätter streichen zu müssen geglaubt, und selbst der Schlußatz von dem Einfluß der wirtschaftlichen Lage auf die Kriminalität ist, so viel wir gesehen haben, nur von einem einzigen Blatte unterdrückt worden. Da keines von ihnen den „Vorwärts“ als Quelle der erläuternden Bemerkungen angegeben hat, so müssen wir annehmen, daß sie sich auch diese zu eigen machen, also in der Frage, warum die Unvermittelten um so viel häufiger als die Wohlhabenden dem Strafrichter verfallen, ziemlich einig mit uns sind. Dann ist es aber um so verwunderlicher, daß dieselben Blätter — die einen mehr, die anderen weniger, aber im Prinzip alle — sich sonst jede erdenkliche Mühe geben, die bestehende Gesellschaftsordnung zu stützen, — zu stützen, obwohl sie wissen, daß diese Gesellschaftsordnung mit ihrer Ausbeutung der Arbeiterklasse, mit ihren wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten, mit ihren sozialen Gegensätzen und mit all dem furchtbaren, leiblichen und geistigen Elend, das sich daraus ergibt, zwar nicht für alle Vergehen und Verbrechen, aber doch für die überwiegende Mehrzahl verantwortlich gemacht werden muß.

Zur Fleischtheuerung. Die Erhöhung der Fleischpreise, die die Berliner Fleischtheuerung bei Fortdauer der Grenzsperrre in Aussicht stellt, muß sich um so empfindlicher fühlbar machen, da die Berliner Fleischpreise in der letzten Zeit so wie so schon höher gewesen sind als in derselben Zeit des Vorjahres. Es handelt sich zwar zunächst nur um einige Pfennige pro Pfund; aber auch dieser Aufschlag ist, wenn er auch für Wohlhabende nicht ins Gewicht fällt, doch für die unermittelte Bevölkerung schon merklich genug, um sie zu einer weiteren Einschränkung ihres ohnedies nur geringen Fleischverbrauches zu zwingen. Beispielsweise war im Mai 1898 (bezw. in demselben Monat des Jahres 1897) im Kleinhandel der städtischen Markthallen der Durchschnittspreis (in Pfennig) für ein Pfund Rindfleisch: Filet 101 (100); Keule oder Oberschale oder Schwanzhild 70 (69); Brust 63 (61); Bauch 58 (55); Kalbsfleisch: Keule oder Hüden 75 (70); Brust 65 (63); Schulerblatt oder Bauch 60 (57); Hammelfleisch: Keule oder Hüden 69 (67); Brust oder Bauch 59 (56); Schweinefleisch: Rücken oder Rippenspeck 80 (74); Schinken 68 (62); Schulerblatt oder Bauch 64 (57); Speck 74 (69); Schinken: geräuchert 106 (97); ausgegühten 142 (139); Schweinefleisch 57 (54). Bemerk sei, es handelt sich hier um Durchschnittspreise, die auch aus dem Unterschied in der Güte der Waare gewonnen sind. Unsere Hausfrauen zahlen im Einkauf bedeutend höhere Preise für bessere Waare. Am stärksten war die Preiserhöhung beim Schweinefleisch. Gerade das Schweinefleisch kommt aber für die unermittelte Bevölkerung am meisten in Betracht, weil es am vortheilhaftesten ist, da es sich selber abmacht. Wenn jetzt zur Broittheuerung noch die Fleischtheuerung kommt, dann werden nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die zahlreichen kleinen Beamten und mancher kleine Handwerksmeister den Schmachtrien wieder anzusehen müssen. Desto weiter aber werden die Agrarier ihre Geldbäse aufmachen können, um den wachsenden Gewinn einzufaden, den die Politik der Nahrungsmittel-Vertheuerung ihnen bringt.

Die Verordnung über die Müllabfuhr wird soeben vom Polizeipräsidium in ihrem Wortlaut bekannt gegeben. Im wesentlichen bestimmt die Verordnung, daß die Hausbesitzer angehalten sind, dafür zu sorgen, daß die Küchenabgänge, Müll in verschlossenen Behältern gesammelt werden. Die Abfuhr soll in staubfreier Art erfolgen und ist der Mith strafrechtlich bei Nichterhaltung der Vorschrift verantwortl. Er ist nur dann der Verantwortung ledig, wenn er mit dem Fuhrunternehmer einen Vertrag abgeschlossen hat, in dem die staubfreie Müllabfuhr gesichert wird, und er den Vertrag sofort löst, wenn den Anforderungen von einer staubfreien Abfuhr nicht genügt wird.

Die Polizeiverordnung, welche die Verwendung schulpflichtiger Kinder zu gewerblichen Zwecken zeitweise beschränkt, ist nun auch von dem Schöffengerichte in Spandau für rechtswirksam erklärt worden, nachdem bereits das Oberlandesgericht in Hamburg eine gleiche Entscheidung gefällt hat. Die Spandauer Polizeibehörde hatte seinerzeit eine Verordnung erlassen, nach welcher Schulpflichtige vor 7 Uhr morgens nicht zum Austragen von Frischkäse verwendet werden dürfen. Diese Verordnung war natürlich keineswegs nach dem Sinne der borigen Wädernmacher. Einer derselben, welcher diese Polizeiverordnung anfechtet, ließ, war mit einem polizeilichen Strafmandate bedacht worden. Derselbe erhob dagegen Widerspruch und ließ es auf richterliche Entscheidung ankommen. Er wurde dem auch thatsächlich freigesprochen. Das Schöffengericht erklärte die qu. Polizeiverordnung als nicht zu recht bestehend, weil nach § 120c der Gewerbe-Ordnung derartige Verordnungen nur vom Bundesrathe erlassen werden könnten. Darob herrscht nun eitel Freude bei den Spandauer Wädernmachern. Wünschenswerth wäre es nun aber, daß nun baldigt der Bundesrat hier bestimmend eingriffe.

Die Berliner Unfallsstationen wurden im Monat Juli 1898 in 2645 Fällen gegen 1814 im gleichen Monat des Vorjahres für erste Hilfe in Anspruch genommen und zwar 2218 Mal bei Unfällen und 427 Mal bei plötzlichen Erkrankungen. In den Stationen wurden 2468, außerhalb dieser 177 Personen behandelt.

Steckbrieflich verfolgt wird einer der Edelsten der Nation von dem Amtsgericht in Charlottenburg. Es ist dies der Graf Hohenthal, geboren am 21. März 1872 auf Schloß Pöchau bei Burzen, seines Zeichens ein früherer Reichstagsabgeordneter. Derselbe hat im Brunenwald sich an der Mißhandlung eines Bahnwärters stark beteiligt und sollte nun eine zweimonatliche Gefängnisstrafe verbüßen, was der Herr Graf augenscheinlich nicht für standesgemäß hält.

Zur Warnung der Hausdiener. Der Andrang in den Paketannahmestellen der Reichspost in den Abendstunden ist bekanntermaßen ein ganz gewaltiger, indem zu dieser Zeit die Hausdiener der benachbarten Geschäfte Pakete in großer Zahl zur Ablieferung bringen. Das hierdurch verursachte Gedränge macht sich in neuerer Zeit wieder unsäuberere Elemente zu nütze, indem sie die Hausdiener auf eine raffinierte Art und Weise zu schädigen wissen. Zur Erleichterung des Verkehrs und zwecks Erreichung einer schnelleren Abfertigung auf dem Postamt werden vielfach die Pakete in den Geschäften abgewogen und die Begleitadressen mit den entsprechenden Briefmarken frankirt. Die also mit Marken besetzten Paketadressen nimmt der Hausdiener mit sich. Auf dem Postamt beginnt er nun, seine Bürde Pakete zu ordnen und zu frankiren und steckt die frankirten Begleitadressen in die zugehörigen Pakete, um, wenn an ihn die Reihe der Abfertigung kommt, wohl vorbereitet zu sein. Diesen Umstand benutzen nun die sogenannten Markenmarder, in unbewachten Augenblicken die Marken von den Begleitadressen loszulösen, oder, sofern dies zu schwierig ist, die ganze Karte zu entwenden. Die noch ungestempelten Marken werden dann anderweitig verwertet. In dem letzteren Falle ist der Schaden ein doppelter, da in solchen an eine Expedition der Pakete nicht mehr zu denken ist. Sind die Marken nur losgelöst, so kann der Hausdiener sie durch neue ersetzen, muß allerdings den Schaden tragen, da das Geschäft Erfolg nicht leistet und leicht begreiflichen Gründen. Der Hausdiener ist aber auf alle Fälle geschädigt. Waslang ist es leider noch nicht gelungen, einen solchen Markenmarder abzufassen.

Der Pilzbestand ist schon seit mehreren Jahren in fast allen Waldungen besonders der Mark in stetiger Abnahme begriffen. Und namentlich der Steinpilz, der beliebteste und auch nahrhafteste aller essbaren Pilze, hat sich derart vermindert, daß er in den meisten Wäldern kaum mehr zu finden ist. Die Hauptschuld hieran trägt die unverständige Art und Weise, in der früher fast allgemein das Sammeln der Pilze geschehen ist und auch heute noch oft genug geschieht, daß man, statt von den Pilzen nur die Köpfe abzuschneiden, die ganzen Pilze mit samt den Wurzelstöcken aus dem Boden herausgerissen, die Köpfe abgedreht und die Wurzeln fortgeworfen hat, so daß diese nicht weiter treiben und die Pilzvegetation nicht fortpflanzen können. Zwar sind seit einigen Jahren die Forstbehörden eifrig bemüht, der Vernichtung des Pilzbestandes Einhalt zu thun, indem sie angeordnet haben, daß die Pilzfischer keine Pilze mehr mit der Wurzel entfernen, sondern sie nur mit einem Messer abschneiden sollen. Und die Forstbeamten werden in jedem Jahre wieder angewiesen, auf die Befolgung dieser Vorschrift seitens der Pilzfischer streng zu achten, denen, falls sie beim Ausstreifen von Pilzen ertappt werden, nicht nur der gesammte Vorrath abgenommen, sondern auch der zum Pilzfischen nöthige Erlaubnißschein entzogen wird. Aber trotz dieser energischen Maßregeln der Forstbehörden nimmt der Pilzbestand unserer Wälder von Jahr zu Jahr immer noch mehr ab, so daß er in nicht sehr ferner Zeit wohl ganz verschwunden dürfte, wenn nicht dafür gesorgt wird, daß in jedem Jahre von einer bestimmten Zeit an auch nicht mehr die Pilzköpfe geschnitten werden, um eine Samenreife und somit eine stärkere Vermehrung der Pilze nicht nur durch die alten Wurzeln, sondern auch durch ausgiebige Samenfortpflanzung zu ermöglichen.

Im Krankenhaus ausgeführt wurde am Mittwoch Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr das acht Monate alte Mädchen Marie Gornwitska, das bei der Frau Jennesch in der Frankfurterstr. 20 in Pflege war. Die Mutter des Kindes liegt in jenem Krankenhaus und hätte deswegen das Pflegegeld nicht entrichtet. Aus diesem Anlaß benutzte die Pächterin die Pächterin, um sich den Pflegelohn vom Halse zu schaffen, indem sie unter dem Vorgeben, einen Augenblick hinausgehen zu wollen, verschwand. Das Kind mußte vorläufig im Krankenhaus verbleiben, dürfte aber einem Waisenhaus zugeführt werden.

Das Revolverattentat in der Lüderstraße in Moabit, über welches seinerzeit berichtet worden ist, wird ohne Sühne bleiben. Die „Gelbin“ derselben, die unverschämte Modistin Auguste Schattauer, hat nach ihrer Behauptung in früherer Zeit zu dem Postbeamten M. in Beziehungen gestanden, die aber mit einer Dissonanz endigten, was auf das Gemüth des Mädchens niederdrückend wirkte. Besonders aufgeregt zeigte sie sich, als M. sich vor einiger Zeit verheiratete. Sie scheint sich mit ihrem bisherigen Vorhaben längere Zeit getragen und ihrem angeblichen ehemaligen Verehrer wiederholt aufgelauert zu haben. Am 12. Juli er erwartete sie ihn, mit einem Revolver bewaffnet, in dem Hause Lüderstraße 49, in welchem M. im vierten Stock des Vorderhauses eine Wohnung inne hat. Als er eben im Begriff war, die Treppe hinaufzusteigen, stürzte die Sch. auf ihn zu und gab auf ihn zwei Revolverkugeln ab, die jedoch fehlgingen. M. wehrte sich mit seinem Stock und verfolgte die Sch. bis in das Hinterhaus, wo sie einen dritten Schuß gegen ihn abgab und dann ohnmächtig zusammenbrach. Nachdem sie aus ihrer Ohnmacht erwacht war, wurde sie verhaftet und dann in das Untersuchungsgefängniß eingeliefert. Der dritte Schuß hatte getroffen, aber zum Glück nur geringe Verletzungen verursacht. Jetzt ist nun das gegen die Sch. eingeleitete Strafverfahren wegen Mordversuchs auf Antrag ihres Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Werthauer, eingestellt worden, da sie als gesteskrant erlankt worden ist. Sie wurde am Mittwoch aus der Untersuchungsanstalt entlassen.

Von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren. Am Rottbusersdamm wird gegenwärtig der elektrische Straßenbahnbetrieb hergestellt und führte der Kutscher Bernowitsch auf einem Wagen Zementtönnen, deren Inhalt zur Befestigung der Pfosten verwendet wird. Während der Mittagspause legte er sich nun selbstmörderisch unter den Wagen, um etwas der Ruhe zu pflegen. Durch einen äußeren Umstand erschreckt, zogen nun plötzlich die Pferde an und der Wagen ging dem B. über beide Beine, so daß derselbe in das Krankenhaus am Urdan geschafft werden mußte.

Vom Tode erlitt wurde plötzlich am Mittwoch Nachmittag um 5 Uhr der 61 Jahre alte Drehschleifer Johann Althaus aus der Weidingerstr. 8. Er fiel, ohne daß jemand seinen Zustand bemerken konnte, um und war todt. Ein hinzugerufener Arzt war nicht in der Lage, die Todesursache zu ermitteln.

Rechtzeitig verhindert wurde am Mittwoch Nachmittag gegen 4 Uhr die geplante Ausführung eines Mordes und eines Selbstmordes. Ein Schuttmann vom 77. Polizeirevier fand auf seinem Dienstgange am Schöneberger Ufer in weit der Potsdamerbrücke eine junge Frau mit einem kleinen Kind auf einer Bank sitzend in erbärmungswürdigen Zustande vor. Der Beamte stellte fest, daß er es mit der 25 Jahre alten Krankenwärterin Alwine Theimer und deren drei Wochen altem Töchterchen Hildegard zu thun hatte. Die Mutter hatte sich zuletzt in Köpenick bei Verwandten aufgehalten und war erst vor kurzer Zeit nach Berlin gekommen. Ohne Mittel, ohne Obdach und beschäftigungslos war sie, obendrein noch an Wuthungen leidend, in Berlin umhergeirrt und in ihrer Noth und Verzweiflung endlich zu dem Entschlus gekommen, ihrem und dem Leben ihres Kindes durch einen Sprung ins Wasser ein Ende zu machen. Während sie noch mit sich kämpfte, erschien der Schuttmann, der sofort Mutter und Kind in einer Droschke nach einem Krankenhaus brachte.

Abgefüllt ist am Mittwoch Mittag auf dem Neubau der Sitzsägen Erben in der Adlerstraße 8 der 23 Jahre alte Zimmermann Gustav Nieblich aus Köpenick. Er trug durch den mehrere Meter tiefen Fall einen Schädelbruch davon und wurde in fast hoffnungslosem Zustande durch einen Schuttmann des 40. Polizeireviers einem Krankenhaus zugeführt. Auf demselben Grundstück fand vor einiger Zeit beim Abbruch durch den Einsturz einer Mauer ein schwerer Unfall statt. Es drängt sich daher die Frage auf, ob wohl auf dem Baugrundstück stets mit der gebotenen Vorsicht zu Werke gegangen wird?

Schwer verunglückt ist der in der Vereinsbrauerei beschäftigte Stellmacher Natrum, welcher auf dem Brauerei-Grundstücke ein schadhaftes Dach auszubessern beauftragt worden war. Derselbe sollte unbedachte Stellen des Daches reparieren. Als er jedoch zu diesem Zwecke laum das betreffende Dach betreten hatte, brach er durch und stürzte in die Tiefe aus einer Höhe von etwa 10 Meter. Verwundungen, mit schweren Verletzungen blieb er auf dem Hofe liegen und wurde mittels Rettungswagen der Unfallstation nach dem Krankenhaus befördert werden.

Durch einen schweren Einbruchdiebstahl ist der in der Thunstraße 1 wohnende Hauptmann a. D. Linnann ganz empfindlich geschädigt worden. Herr L. befindet sich zur Zeit mit seiner Gattin in einem Kordseebad und ebenso ist das Dienstpersional auf Urlaub, so daß die Wohnung völlig ohne Aufsicht war. Am Sonntag Vormittag bemerkten Hausbewohner, daß die Korridorhür zu der Wohnung des Hauptmanns gewaltsam geöffnet worden war. Die Wohnräume selbst boten das Bild einer grauenhaften Verwüstung und Unordnung. Sämtliche Schränke und Kommodenschränke waren erschossen, während der gesammte Inhalt der Behälter auf dem Erdboden zerstreut umlagert. Herr L. wurde telegraphisch von der Entdeckung verständigt und lehete daraufhin sofort nach Hause zurück. Auch er vermochte noch nicht genau festzustellen, was für Beute die Diebe gemacht haben. Jedemfalls aber sind ihnen eine Menge Wertgegenstände in die Hände gefallen, darunter mehrere kostbare Antiquitäten. So fehlt beispielsweise eine altertümliche goldene Uhr, mehrere Spangen, Ketten und Brochen und sonstige Gegenstände. Der Verdacht, den Einbruch verübt zu haben, richtet sich gegen zwei junge Männer, welche am Sonnabend Nachmittag unter dem Borgeben, einen bestimmten Meister besuchen zu wollen, Zutritt zu dem verschlossenen Hause sich verschafften. Dem gegenüber ist aber polizeilich festgestellt, daß die beiden sich des Nachts über in dem Hause aufgehalten haben müssen, bei einem Meister aber nicht gewesen sind und sich erst am Sonntag Morgen entfernten. Allem Anscheine nach haben die Diebe die Nacht über in der L'schen Wohnung geweltet.

Dem Besitzer einer Reparaturwerkstatt für Fahrräder waren von einem Kunden kurz hintereinander zwei Maschinen zur Reparatur gegeben, bei denen die fehlenden Leistungen zu erfolgen waren. Dies war infolgedessen auffällig, als sich auf den fehlenden Theilen die Nummer des Rades befanden mußte. Er machte der Polizei Mitteilung. Als nun noch ein drittes derartiges Rad von dem Fahrer zur Reparatur gegeben wurde, führte die Kriminalpolizei den Verdächtigen. Wie sich alsbald herausstellte, hat die Behörde einen guten Fang gemacht. Der Verhaftete, ein 23jähriger Arbeiter Krüger, ist ein gewerkschaftlicher Fahrradmacher, der einen größeren Teil der in der letzten Zeit statigehabten Fahrradbiehähle zweifellos verübt hat. Die gestohlenen Fahrräder, von denen er die Nummern zum Teil in der bereits genannten Weise, zum Teil durch starke Lackübertragung über die Leistung zu beseitigen oder zu verdecken wußte, verkaufte er einzeln alt an Interessenten oder er inserierte, falls er keine Abnehmer fand, in hiesigen Zeitungen.

Der in der Gänher'schen Mordsache in Auerstadt verhaftete Zirkulararbeiter Mattich, der dringend verdächtig war, der vielgesuchte „Schlächter-Gmit“ zu sein, ist, wie nunmehr die Untersuchung ergeben hat, mit der Mordthat nicht in Verbindung zu bringen und dieserhalb außer Verfolgung gesetzt worden. Dagegen wird er noch wegen mehrfacher Unterschlagungen und Betrügereien in Haft gehalten.

Einen Menschenanlauf verursachte gestern Abend 8 Uhr eine Prügelei zwischen zwei Frauen in der Burgstraße in der Nähe der Börse. Eine der Frauen erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß sie ein Schuttmann in einer Droschke nach der nächsten Unfallstation Brüderstr. 16 bringen ließ, von wo sie nach Anlegung eines Rothverbandes mit einem Wagen der Unfallstationen weiter transportiert wurde.

Feuerbericht. Infolge blinden Lärms wurde die Wehr in der Nacht zum Donnerstag sechsmal alarmiert und zwar nach Krautzstraße 39, Engelauer 21, Reichendergerstraße 184, Auguststraße 97, Christinenstraße 6 und Große Frankfurterstraße 131. Wasserhorstraße 41 wurden Gardinen und Möbel eingekassiert und Mauerstraße 88 gingen in einer Sattlerei Körbe und Kisten in Flammen auf. Donnerstag früh 9 Uhr stand Winglstraße 17/18 die der Kronenbrauerei gehörige Pechhalle in Flammen, die mittels zweier Rohre erst nach längerer Zeit gelöscht werden konnte.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Parteigenossen! Wenn wir uns die Frage vorlegen: „Was haben uns die diesjährigen Reichstagswahlen gelehrt?“, so müssen wir dieselbe dahin beantworten, daß wir in den kommenden Jahren unsere ganze Kraft einzusetzen haben, um das Verhältnis von 17 000 eingetragenen Wählern zu 5000 sozialdemokratischen Stimmen bei der nächsten Wahl zu bessern. Wenn auch unsere Stadt zu den Vororten des „feinen“ Westens gehört, wenn wir auch ganze Bourgeois-Viertel in unseren „Rauern“ besitzen, so giebt es doch auch hier genug Klassen-genossen, die ihre Lage noch nicht begreifen, Proletarier, die abwärts sehen und in ihrer Unkenntnis dem Gegner nachlaufen!

Parteigenossen! Diese Arbeitsgenossen zu uns heranzuziehen, sie aufzuklären, ist die erste Aufgabe der am Orte befindlichen politischen Organisation, des Arbeiter-Bildungsvereins. Darum müssen wir diesen Verein kräftigen und stärken, die Mitglieder müssen mit Herz und Sinn an der Verbreitung des Vereins und seinen Zielen, des Sozialismus, arbeiten!

An alle diejenigen Parteigenossen, die noch nicht Mitglieder sind, aber durchdringen von der Nothwendigkeit der modernen Arbeiterbewegung, richten wir das Ersuchen, schließt Euch dem Arbeiter-Bildungsverein an, besamt Euch offen zur Sozialdemokratie und helft uns, den Sozialismus in die Herzen aller Arbeiter, aller Bedrückten zu legen. Der Arbeiter-Bildungsverein ist auch bestrebt, den Bildungsgrad des Proletariats zu heben durch Vorträge wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Inhalts. Auch steht den Mitgliedern eine reichhaltige Bibliothek zur freien Verfügung zur Verfügung. Die regelmäßigen Vereinsversammlungen finden jeden Montag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Obst, Ormewaldstr. 110, statt, wo jederzeit Gäste willkommen sind und Renaufnahmen vollzogen werden.

Am Montag, den 8. August, abends 8 Uhr, findet im Klub-Hause, Hauptstraße 5/6, eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt mit der Tagesordnung: G. Lohdebour über: Was will die Sozialdemokratie und was ist die Aufgabe der Organisation? Zum Schluß fordern wir die Mitglieder auf, recht lebhaft für den Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Der Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereins.

Großfeuer im Depot der Pferdebahn zu Tempelhof. Donnerstag Mittag 12 1/2 Uhr sind die Ställe und Wagenschuppen des Depots der Pferdebahn zu Tempelhof durch einen verheerenden Brand total eingekassiert. Die Gebäude der Pferdebahn-Gesellschaft bildeten ein mächtiges Viereck zwischen der Berliner-, der Kaiserin Auguste- und der Friedrich-Wilhelmstraße. Während der größte Teil der Arbeiter zu Mittag gegangen war, brach das Feuer angeblich in der an der Friedrich-Wilhelmstraße belegenen Schmiede aus und sprang sofort auf den angrenzenden Futter- und Pferdehof über. Unglücklicherweise wehte ein frischer Südwestwind, der die Flammen mit großer

Schnelligkeit weitertrieb. Die wenigen anwesenden Arbeiter, wie auch die Besanten, schienen anfangs förmlich den Kopf verloren zu haben oder die Größe der Gefahr nicht zu fassen, denn es dauerte lange, bevor man an die Vergung des etwa 100 Köpfe zählenden Pferdeparcs dachte. Mit Hilfe der von allen Seiten herbeilebenden Nachbarn gelang es jedoch, sämtliche Pferde noch in Sicherheit zu bringen. Lange Zeit verging aber, bevor die ersten Spritzen eintrafen. Die beorderten Berliner Löschzüge waren zuerst mit auf dem Plage. Das Feuer hatte jedoch bereits die ausgedehnten Wagenschuppen mit erfasst und bedrohte ernstlich die Scheunen und Ställe des Futtergeschäftes von Senkbusch, Berlinerstraße. Hier griffen zwei Jäger der Berliner Wehr ein und sicherten dadurch nicht nur das Senkbusch'sche Grundstück, sondern auch das Beamten-Wohngebäude der Pferdebahngesellschaft. Noch und nach stellten sich die freiwilligen Feuerwehren der umliegenden Orte ein, so daß schließlich etwa 1 Duzend Spritzen in Thätigkeit traten. Doch sehr bald machte sich Wassermangel fühlbar, und die Berliner Dampfspritzen mußten das Wasser aus einer Entfernung von mehreren hundert Metern herbeiholen. Mittlerweile hatte das verheerende Element auch den zweiten großen Futter- und Pferdehof ergriffen, und nun entwickelte sich eine derartige Gluth und ein solch dicker Rauch, daß an ein Retten der einmal vom Feuer ergriffenen Gebäude nicht mehr zu denken war. Die Wagenschuppen stürzten bald mit donnerähnlichem Knall in sich zusammen und die massiven Ställe brannten bis auf die Umfassungsmauern total aus. Zwei Pferdebahnwagen wurden ebenfalls eingekassiert. Der Schaden ist enorm aber durch Versicherung gedeckt.

Die Bewohner des Bismarck'schen Hauses in der Berlinerstraße waren in dem Maße gefährdet, daß mehrere Wehren zur Rettung dorthin beordert werden mußten. Der Qualm hatte sich in den Wohnungen festgesetzt, die Inwohner kamen in Erstickungsgefahr, und die Feuerwehren mußten die Fenster Scheiben einschlagen und mit Rauchhelmen vordringen, um die Bedrückten ins Freie zu befördern. Die Brandstelle bietet einen wüsten Anblick, die Wagen stehen in der Kaiserin Augustastrasse in den Gassen, die obdachlos gewordenen Pferde werden auf anderen Höfen der Straßenbahn eingekasselt.

Schon wieder werden zwei Bootsunfälle gemeldet. Am Mittwoch Nachmittag kenterte auf der Oberspre in der Nähe von Friedrichshagen ein von drei jungen Männern besetztes Ruderboot dadurch, daß die Insassen des Fahrzeuges den Versuch machten, ihre Plätze zu wechseln. Der Vorfall wurde glücklicherweise vom Ufer rechtzeitig bemerkt und gelang es, die drei, wenn auch zum Theil bewußtlos, den Wellen zu entreißen.

Gegen 4 Uhr nachmittags kenterte auf der Havel bei Saathwinkel infolge des Wellenschlages eines vorbeifahrenden Dampfers ein mit einem Herrn und einer Dame besetztes Ruderboot. Die Dame, dem Anscheine nach eine vorzügliche Schwimmerin, rettete sich selbst an das Ufer; der Herr wurde von dem Dampfer aufgenommen.

Im Walde erschlagen? Vor acht Tagen verschwand plötzlich der Arbeiter Sutter aus Hanzigstraße bei Erkner. Sutter ist jetzt als Leiche im Walde gefunden worden. Der Kopf war ganz scharf zugerichtet und wies drei schwere Wunden auf. Sutter hatte mit drei Bekannten aus Erkner einen Ausflug gemacht, und seine Freunde waren ohne ihn zurückgekommen. In dieser Richtung bewegt sich jetzt die Untersuchung. Drei Personen sind verhaftet worden.

Beim Spielen sind am Mittwoch die beiden Knaben Fritz und Otto Jonas aus der Bernburgerstraße ins Wasser gefallen. Die beiden Kinder spielten am Spatenplatz umher und stürzten dabei in das Wasser. Es gelang auch, beide Knaben aus dem Fluß zu ziehen, doch war Fritz bereits todt, während die Wiederbelebungsversuche bei seinem Bruder Otto von Erfolg gekrönt waren.

Die gerichtliche Obduktion der Leiche des Arbeiters Ernst Suder aus Hanzigstraße bei Erkner, der, wie wir berichteten, unter verdächtigen Umständen aus dem Wasser gezogen wurde, hat gestern durch den Kreisphysikus aus Hühnersdorf stattgefunden. Da Suder schon 8 Tage im Wasser und Morast gelegen hatte, so ist anzunehmen, daß die Verletzungen durch Baumstämme und Pföle entstanden sind, jedenfalls läßt nichts auf einen gewaltsamen Tod schließen.

Gerichts-Beitrag.

Die übermäßig lange Arbeitszeit, welche im Schlächtergewerbe fast allgemein üblich ist, fand heute vor der II. Section Strafkammer am Landgericht II eine entscheidende Verurteilung. Der Schlächtergeselle Albert Herzog war wegen fabriksmäßiger Verunstaltung angeklagt. Der Angeklagte, der bei dem Schlächtermeister Schibinger in Arbeit stand, hatte in der Nacht zum 6. Mai ds. J. bis um 1 Uhr gearbeitet und war dann zu Bett gegangen. Gleich nachdem er schlafen gegangen war, brach im Schlaftaume Feuer aus, welches die gesammte Werkstatt-Einrichtung nebst allen Vorräthen zerstörte. Die Anklagebehörde nahm nun an, daß das Feuer dadurch entstanden sei, daß der Geselle schlafen ging, obwohl noch ein Kessel mit Talg auf dem Feuer stand, was eine große Fahrlässigkeit darstelle. Die Weisungsbefehle ergab keine Auffklärung über die Entstehung des Brandes, wohl aber stellte sich heraus, daß der Angeklagte an jenem Tage von früh 6 Uhr bis nachts 1 Uhr — also volle 19 Stunden — ohne jede Pause schwer gearbeitet hatte und dann vor Müdigkeit beinahe umgefallen wäre. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung mit der Motivierung, daß dem Angeklagten ein Ver schulden nicht nachgewiesen sei. Wenn aber jemanden ein Ver schulden treffe, so sei dies der Meister, denn es sei durchaus unbillig, einen Gehilfen zu zwingen, von 6 Uhr früh bis 1 Uhr nachts ohne jede Erholungspause zu arbeiten. Da sei es kein Wunder, wenn der Geselle übermüdet zu Bett geht und alles stehen und liegen läßt.

Einen dramatischen Verlauf nahm eine Verhandlung, welche gestern vor der zweiten Section Strafkammer am Landgericht II stattfand. Der Schlächtermeister August Bohm aus Liebenwalde war beschuldigt, seine Pflichten als Vormund dadurch gröblich verletzt zu haben, daß er sich an seinem Mündel, das zwar erwachsen aber noch nicht majorem war, fittlich verging. Die Sache lag für den Angeklagten von vornherein im höchsten Maße unglücklich, denn das Mündel hat nicht allein den Vormund vor der Polizei schwer bestraft, es waren auch noch andere Zeugen vorhanden. Infolgedessen versuchte Rechtsanwalt Bronker als Verteidiger den Angeklagten zu bestimmen, sich durch ein offenes Geständniß die Wille der Richter zu sichern. Der Angeklagte blieb indeh auch noch während der Verhandlung bei seinen Zeugnissen, obwohl sich mit der Vernehmung jedes weiteren Zeugen seine Situation mehr und mehr verschlimmerte. Zuletzt wurde das Mündel, vorläufig unter Auslegung der Verteidigung, vernommen. Vor dem Untersuchungsrichter hatte das junge Mädchen bereits seine vor der Polizei gemachte bezichtigende Aussage zurückgenommen. Es schwebt deshalb auch bereits ein Ermittlungsverfahren wegen Verleitung zum Meineide gegen dem Angeklagten sehr nahestehende Personen. Auch heute bestritt das Mündel die Richtigkeit ihrer Aussage vor der Polizei und setzte sich dadurch mit allen übrigen Zeugen in direkten Widerspruch. Vergänglich versuchte der Verteidiger, den Angeklagten zu einem Geständniß zu bewegen, um damit die Verleitung des Mündels entbehrlich zu machen, denn dieses wäre zweifellos wegen dringenden Verdachts des Meineides auf der Stelle in Haft genommen worden, abgesehen von weiteren Konsequenzen, welche die Verleitung nach sich ziehen mußte. Insonst war alles Jureden, der Angeklagte blieb fest. Schon erhob sich der Gerichtshof, um der Zeugin den Eid abzunehmen, da hat Rechtsanwalt Bronker im letzten Augenblick um eine Pause, damit er sich noch einmal mit seinem Klienten besprechen könne. Dieser Bitte wurde stattgegeben und nun benutzte der Verteidiger die gewährte Pause, um dem Angeklagten ins Gewissen zu reden, er möge doch das arme Mädchen nicht unglücklich machen, denn dasselbe wäre zweifellos bestraft und käme ebenso un-

zweifelhaft ins Zuchthaus, wenn sie schwöre, und doch könne ihm dies gar nichts nützen, denn er würde eher schwerer als milder bestraft werden. Lange kämpfte der Angeklagte mit sich selbst. Seine Gesichtsmuskeln zuckten, sein Brustkasten hob und senkte sich, bis er endlich mit erschütterlicher Anstrengung die Worte über seine Lippen brachte: „Ja, ich will ein Geständniß ablegen!“ Jetzt wurde in die Verhandlung wieder eingetreten und nun wiederholte der Angeklagte sein Geständniß, wenn auch unter schweren inneren Kämpfen, vor den Richtern. Der Verteidiger bemühte sich nun zunächst, dem Gerichtshof seine Bedenken gegen die Verleitung des Mündels auseinander zu legen, und der Gerichtshof machte dem auch die rechtlichen Argumente des Verteidigers zu den seinigen und nahm von der Verleitung Abstand, weil der Eid nach menschlichem Ermessen falsch sein und die Zeugin sich damit der Begünstigung der That verdächtig machen würde. In der Sache selbst beantragte der Staatsanwalt drei Jahre Zuchthaus, der Verteidiger plädierte mit Wärme für die Bewilligung milderer Umstände, welche denn auch zugestimmt wurden. Das Urtheil lautete auf drei Jahre Gefängniß. Wegen der Höhe der erkannten Strafe, welche Fluchtverdacht begründet erscheinen lasse, wurde die sofortige Verhaftung des Angeklagten beschloffen.

Eine Ehrverletzung. Die Kaiserrede auf dem Spatberg bei Viefelsfeld, der Poladovsky'sche Geheimverrat und der Ausfall der letzten Reichstagswahl sind gewiß nicht unschuldig daran, daß auch in den süddeutschen Gerichtshöfen ein etwas nordischer Wind weht. Aber immerhin sollte man nicht zu der Meinung kommen dürfen, daß wir schon heute wieder unter einem Ausnahmengesetz leben, das allerdings schon duzendmal vorge schlagen, aber doch noch nicht angenommen ist. Diese Meinung drangte sich uns aber auf, als in voriger Woche vor dem Stuttgarter Schöffengericht ein streikender Zimmermann zu drei Tagen Gefängniß verurtheilt wurde, der weiter nichts gethan hatte, als beim Ausblick eines alten „Arbeitswilligen“, ohne jede Bewegung oder geschäftigen Ton mehr zu sich sagte: „Jetzt schaffst du da, der Streikbrecher“. Es ist vor Gericht konstatirt worden, daß das kein ganzes Verbrechen war. Da bestimmte nun das Gericht, daß in dem Wort Streikbrecher (trotzdem es wahr ist) eine Ehrverletzung liege und daß der Angeklagte durch den Gebrauch dieses Wortes dem Streikbrecher durch Ehrverletzung habe bestimmen wollen, die Arbeit niederzulegen. Es involvire somit sein Vergehen, wenn man das annehme, ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung, das mit drei Tagen Gefängniß zu bestrafen sei.

Versammlungen.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der Riffenmacher tagte am 1. d. M. in den „Arminiallen“, Kommandantenstr. 20. Kollege Franz Schulz berichtete über den Streik bei Engel, daß sich derselbe noch im alten Stadium befinde. Da es bei dem Unternehmern an den nöthigen Schutzmaßnahmen mangelt, weshalb sich der Kreislagenschnieder die Finger abgeschnitten hat, wurde beschlossen, den Streik bis auf weiteres fortzusetzen. Der Redner verurtheilte in scharfen Worten die Manipulationen des Herrn Engel, die dieser zwei Arbeitern gegenüber beim Verleben der Jubalibemerkungen angewendet. Ueber den Streik bei Hinkelstein führte Kollege Franz Schulz aus, daß auch hier die Polizei den Unternehmern nach Kräften unterstütze. Zum Beispiel wurden einige Sistris vom Herrn Polizeileutnant Vogel aufmerksam gemacht, daß er sie, falls sie zum zweiten Mal arretirt werden, ohne weiteres abführen lasse. Redner machte die streikenden Kollegen, sich genau nach dem § 153 der Gewerbe-Ordnung zu richten, damit die Polizei ihnen nichts anhaben könne. Sollten dennoch Strafmandate erfolgen, so werde der Vorstand hierzu Stellung nehmen. Nachdem den Streikenden die übliche Unterstützung gewährt wurde, forderte Kollege Jäckel alle Kollegen noch einmal auf, den Streikfonds nach Kräften zu stärken.

Eine öffentliche Versammlung der Stuckateure tagte am 1. August. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Koblenzer, über die Bedeutung der Arbeiterorganisationen, gab der Vertrauensmann, Kollege Dackert, die Abrechnung der Liquidations-Kommission; dieselbe ergab, daß am 13. Dezember 1897 ein Bestand von 2121,80 Mark vorhanden war. Dazu kommt eine Einnahme von 128,54 Mark, macht in Summa 2250,34 M. Die Ausgabe beträgt 399,80 M., so daß am 28. Juli ein Barbestand von 1850,54 M. verblieb. Die ausstehenden Forderungen betragen 298,20 M. Die Abrechnung wurde bestätigt und dem Vertrauensmann einstimmig Decharge ertheilt. Es wurde dann beschlossen, einen Streikfonds zu gründen, zu welchem jeder arbeitenden Kollege wöchentlich 25 Pf. zu steuern hat, mit dem Zusatzantrag, daß die gesammelten Gelder nur zu Streikzwecken verwendet werden dürfen. Ueber die Art der Sammlung der Gelder wird die Kommission in aller nächster Zeit berathen und den Beschluß den Kollegen unterbreiten. Ein von der Kommission gefellter Antrag, vom 8. August ab für jede Abozeitarbeit einen Lohnzuschlag von 50 pCt. zu verlangen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen und der Vertrauensmann beauftragt, dies den Unternehmern zu unterbreiten. Nach einem warmen Appell an die Kollegen, sich rege an der Organisation zu betheiligen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Wötcher tagte am Mittwoch im Kolberger Salon, in der Genosse W. Kiesel einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Zweck und Nutzen der Organisation“ hielt. Daraus beschäftigte sich die Versammlung mit dem Streik der Wötcher in Rheinland und Westfalen. Bei diesem Streik, der nun bereits 24 Wochen dauert, haben sich erfreulicherweise Streikbrecher aus den Reihen der Wötcher nicht gefunden, deshalb versuchen die Unternehmer, die nothwendigsten Arbeiten von Tischlern und Stuckmachern fertig stellen zu lassen. Trotz dieser verhältnismäßig günstigen Thatsache für die Ausständigen, ist die erwartete Beilegung der Differenzen nicht eingetreten. Nicht nur, daß die Unternehmer den geforderten minimalen Lohnsatz nicht anerkennen, beschlossen sie für alle Werkstätten eine gleichartige Arbeitsordnung einzuführen, in der so rigorose Bestimmungen enthalten sind, daß sie für die Arbeiter unannehmbar erscheint. Diese Arbeitsordnung soll aber nicht nur in den drei Städten, auf die sich der Ausstand bisher erstreckte, zur Einführung kommen, sondern auch in anderen, so daß zu befürchten ist, daß der Ausstand noch größere Dimensionen annimmt und sich auch auf die übrigen Städte in Rheinland und Westfalen verbreitet. In mehreren Städten haben sich die betreffenden Arbeiter bereits gegen die geplante Arbeitsordnung erklärt, daraufhin wird voraussichtlich die Ansperrung erfolgen. Wie noch mitgeteilt wurde, haben die Unternehmer ein Mandat schreiben an die Polizeibehörden erlassen, in dem dieselben aufgefordert werden, denjenigen Meistern, welche den Lohnsatz bewilligt haben, die Polizeilieferung zu verweigern. Nach einer langen Diskussion, in der von mehreren Rednern das Vorgehen der Unternehmer heftig kritisiert und auf die Nothwendigkeit des festen Zusammenstandes der Arbeiter in der Organisation hingewiesen wurde, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammelten mit ihren Kollegen in Rheinland und Westfalen solidarisch erklären, ihnen die moralische und finanzielle Unterstützung zusichern und sich verpflichten, die Ausführung von Arbeiten, die für das Streikgebiet bestimmt sind, zu verweigern.

Die Schuhmacher hielten am Mittwoch im Lokal „Königsbau“ eine öffentliche Versammlung ab, welche einen Vortrag des Genossen Ad. Hoffmann über den Kampf ums Dasein beifällig entgegennahm. Die Erstattung des Geschäfts- und Rassenberichts wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt und Ulrich, Adler und Becker als Revisoren gewählt.

Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen verließ und der Umgegend. Heute Abend 8 Uhr bei Hoppe, Adestr. 146: Mitglieder-Versammlung, Vortrag über „Vollrechte und Staatsbürger“. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Körber- und Naturheilverein. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Bülowstr. 40, Königshaus: „Dr. med. Jäger's Ernährung- und Blutbewegungstheorie“. Projektionsvortrag mit farbigen Lichtbildern vom praktischen Naturheilkundigen Grundmann.

Verliner Arbeitervereine: Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Bukske, Grenadierstr. 33, abends 8 1/2 Uhr. Unentgeltlicher Rath wird erteilt:

Im Norden Berlins: für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung abends von 7-9 Uhr: U. Daehnke, Demmlingstr. 29, v. 3 Tr. & Gutzeit, Bienenstr. 29a, von 8-9 Uhr abends. F. Pfeiffer, Gartenstr. 55, v. 2 Tr. C. Simonowitsch, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. M. Stuhlmann, Oberbergerstr. 37, 4 Tr., von 6-9 Uhr abends. A. Tamm, Fuhlenbergstr. 6, von 8-9 Uhr abends. A. Voigt, Bienenstr. 41/42. E. Wark, Kollbergstr. 7, von 6-7 Uhr abends. F. Weimann, Bellerbasserstr. 83. J. Krause, Gartenstr. 13, 2. Eing. part. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Strelitzerstr. 58. F. Trapp, Schuller 59, von 7 bis 8 Uhr abends. W. Rogg, Schweinwälderstr. 64, vom Unter-Ausgang.

Im Osten: Nur für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: G. Pader, Fr. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr. — Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: K. Schäff, Holzmarktstr. 60 L.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schalkhoff, Michaelstr. 18. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: W. Kühne, Bismarckstr. 1.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Stagemayer, Grimmstr. 39. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Keller, Rixdorf, Panierstr. 58, Hof part. C. Guse, Camphausenstr. 4.

Im Süd-Westen: Nur für Unfallversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 44.

Im Nord-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: M. Stephan, Curiastr. 2. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: R. Krehle, Hohenstraße 43.

Im Nord-Osten: Nur für Unfallversicherung: E. Döfler, Wädgersr. 15, vom part. (abends 8 Uhr). G. Gantner, Greifswalderstr. 8, II Untk.

Im Zentrum: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung K. Sattler, Al. Hamburgerstr. 2.

Bei sämtlichen vorgenannten Vereinen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7-9 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll. Schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Neulich. Wenden Sie sich an den freien Verein für Naturheilmittel und Gesundheitspflege zu Charlottenburg, Vorsitzender Franz Harst, Schloßstr. 34.

N. G. 63. Diese Aufsätze sind nicht aufzunehmen.

N. 100. Der älteste Sohn des Fürsten Widmark erbte den Fürstentitel, der wieder an seinen ältesten Sohn übergehen wird. Dreyfus war nicht zum Tode verurteilt.

N. 8. Der im Jahre 1877 gewählte Reichstag wurde nach Ablehnung des ersten Sozialengesetzes aufgelöst. Es fanden am 30. Juli 1878 Neuwahlen statt. 1881 wurde deshalb wieder ein neuer Reichstag gewählt und zwar am 27. Oktober.

N. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja. Rein. — Schmitt. Rein. Ihre Bitte ist der Expedition übergeben. — J. P. 100. Wer außerhalb des Gemeindebezirks seines Wohnorts ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorgängige Bewilligung Wohnen will, bedarf des vom Regierungspräsidenten in Berlin vom Polizeipräsidenten auszustellenden Wandergewerbebescheides. Wer gewerbmäßig Druckschriften

auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen verlaufen will, bedarf dazu einer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde und erhält einen Legitimationschein. Der Legitimationschein ist zu verlangen, wenn der Nachsuchende mit einer absichtlichen oder unabsichtlichen Krankheit befallen oder in einer absichtlichen Weise entsetzt ist, oder wenn er unter Polizeiaufsicht steht, oder wenn er wegen gewerbmäßiger Arbeit, eines Verfalls von Reichthümern oder sonstigen Umständen der Legitimationschein ist in der Regel auch noch nicht 25 Jahre alten, Blinden, Tauben, Stummen und Gesschwunden verweigert werden. Er kann auch verweigert werden, wenn der Betreffende im Inlande keinen Wohnsitz hat oder wegen strafbarer Handlungen aus Gewinnsucht gegen das Eigentum, gegen die Sittlichkeit, gegen vorläufiger Angriffe gegen Leben und Gesundheit, wegen öffentlicher Brandstiftung, wegen Verstoßes gegen Gesetze betreffend absichtlichen Krankheiten oder Verletzungen zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einer Woche verurteilt ist und seit Verbüßung der Strafe 5 Jahre noch nicht verfallen sind. Der Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke im Umherziehen selbständig will, hat ein Verzeichnis derselben der zuständigen Verwaltungsbehörde seines Wohnorts zur Genehmigung vorzulegen. Gewerbetreibender kann erhoben werden. — N. G. 17. Klage ansichtslos.

H. S., Berlin. Da gibt es keine geleichte festgelegte Summe. Ein Vergleich über die Klimate müßte schriftlich gefaßt und vom Bormund und dem Vormundschaftsgericht genehmigt sein. Die Zurücklegung des 4. Jahres hat auch in Preußen vom 1. Januar 1900 ab seinen Einfluß mehr auf die Zahlungspflicht. — O. G. Deutsche oder eine andere sichere Bank.

G. M. Ihre Frau darf nicht mit ihrem früheren Namen zeichnen und ihre Bekleidung nicht verwechseln. Das Gegenstück kann als Betrug, auch als Urkundenfälschung betrachtet werden. Im übrigen kann trotz der Pflicht das Pfingstfest weitergezahlt werden. — G. R. Werden Sie sich an die Reichsregierung, wenn in dem Reichsbescheide des Reichsgerichts nicht eingetragene ist, wendet Sie sich an das Reichsgericht.

— G. N. 100. An deren Dilemma. Im Adresskalender finden Sie die Adressen der Direktoren. — N. S. 96. 1. Rein. 2. Ueberall. 3. Ja, nach der Praxis nein, vom 1. Januar 1900 ab auch nach dem Gesetz: nein. 4. Erfolg würde nicht vorhanden sein.

W. S. Versicherungsanklagen bedürfen in Preußen behördlicher Genehmigung zu ihrer Eröffnung. Diefelbe Bestimmung bedarf für die meisten anderen deutschen Staaten. Ist eine Versicherungsgesellschaft in Preußen domiziliert, so kann trotzdem die Eröffnung der Fikale, sowie der Betrieb in anderen Staaten durch landesgesetzliche Bestimmung einer behördlichen Genehmigung auch des Einzelstaats unterworfen werden. Eine einseitliche Versicherungsgesetzgebung für ganz Deutschland bedarf noch nicht, sie herbeizuführen ist aus Antrag der Sozialdemokraten im Dezember 1898 vom Reichstag beschloffen. Wegen Scheinverträge der behördliche Genehmigung nicht. Es ist dringend zu rathen, feinerlei Versicherungspolice oder Versicherungsantrag zu unterschreiben, bevor ein Policeformular und ein Statutenformular ausgehändigt, genau durchgesehen und auf die Tragweite hin geprüft ist. — G. N. Rein, es ist denn, daß die Beweislage infolge der Betrugthätigkeit des Reichs zusammenbrechen oder daß er bei einiger Aufmerksamkeit den Zusammenbruch hätte verhindern können.

10. S. W. Verjährung liegt nicht vor, aber aus solcher Bedenken würden Sie schwerlich ein Recht mit Erfolg herleiten können. — J. J. Ja.

— Kugel. Verurteilung wäre, wie Ihnen bereits mitgeteilt ist, ausgeschlossen.

— P. W. Ja. — G. S. Kaufverträge. Die Klage ist beim Gewerbegericht möglichst bald anhängig zu machen, wenn die Verjährungsfrist 2 Jahre beträgt. — G. S. Für das letzte Quartal: ja. — N. N. 100.

Ja, der Mann kann die Sachen aber zurückholen. — A. S. Rein. — A. P. 12. 1. Rein. 2. Wenn die Wohnung von Ihnen gemiethet ist: nein, wenn von Ihrem Vater: ja. 3. Wenn Sie Schadlos sind: ja.

— K. 100. Ihre Frage ist ohne genaue Kenntniss der Statuten und der Versicherungsbedingungen der betreffenden Gesellschaft nicht zu beantworten. Sprechen Sie mit denselben gelegentlich in der Sprechstunde vor.

99 G. S. Bei der Unfallversicherung haben Sie weder als selbständiger Arbeiter noch als Unternehmer, der ohne Dampfkraft und dergleichen mit nur einem Gehilfen arbeitet, sich anzumelden. Wohl aber haben Sie als Unternehmer Ihren Gehilfen der Krankenkasse anzumelden und für ihn Lebensversicherungen zu machen. — W. S. 73. Mit der Doppelversicherung gegen Krankheit verhält es sich folgendermaßen: Ein Krankenkassenmitglied ist verpflichtet, wenn er auch als Arbeiter einer Krankenkasse angehört, sich bei der Doppelversicherung gegen Krankheit zu entscheiden. So wie jemand in einer Beschäftigung übergeht, für welche eine Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau-, Zünfte-, Knappschafts-, Invaliditäts- und Altersversicherung besteht, wird er auch Mitglied der seiner Beschäftigung entsprechenden Krankenkasse und verliert die Mitgliedschaft der Gemeinden, Orts- u. c. Krankenkassen. Wohl aber kann jemand einer Gemeinde-, Bau-, Orts- u. c. Krankenkasse und gleichzeitig einer oder mehreren Zünfte- oder Invaliditäts- u. c. Krankenkassen angehören. Solchen Doppelversicherern wird jedoch das Krantengeld seitens der Orts- oder Zünftekrankenkasse soweit gekürzt, als dasselbe zusammen mit dem aus der Zünfte- oder Invaliditäts- bezogenen Krantengeld den vollen Betrag des durchschnittlichen Tageslohnes des Versicherten übersteigt. Inwiefern kann durch Statut der Ortskrankenkasse bestimmt werden, daß solche Kräftigung nicht stattfinden darf.

Eingelassene Druckchriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 16. Heft des 10. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Organisation der russischen Arbeiter. Von Nicolai Kotosoff. — Regressive Evolution. Von G. Duron. — Anton v. Werner und die Berliner Bewegung. Von Johannes Gault. — Reclames mitbrauchte Frauenkraft. Von Ria Glaheen. — Kleine Briefe. — Hierarchische Hindernisse. — Arbeiterbewegungen in Frankreich. (Baraterie?) Von R. Nasson-Foreffier. — Autorisire Ueberlegung von Alfred Göde. (Schluß).

Von der „Gleichheit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben die Nr. 16 des 8. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: — Rhythmus. — The Women's Industrial News. Von Helene Simon. — Die Bewegung der Wiener Krankenkassenmitglieder. Von A. P. — Aus der Bewegung. — Heilbron: Die Gleichstellung von Mensch und Thier in der Gesetzgebung des Mittelalters. — Moritur. (Gedicht). Von Otto Erich Hartleben. — Notizentheil von Udo Braun und Clara Jastin: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und des Verkehrswezens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenbewegungen. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung.

Witterungsübersicht vom 5. August 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.
Eutinmeide	759	SW	2	10	Saparanda	750	SW	2	14
Hamburg	758	SW	1	18	Berestuburg	758	SW	2	16
Berlin	759	SW	1	18	Gort	755	SW	2	16
Miesbaden	761	SW	1	17	Aberdeen	754	SW	2	16
München	766	SW	1	18	Paris	764	SW	2	15
Wien									

Weiter-Prognose für Freitag, den 4. August 1898. Einwohler, ziemlich aufflockernd, vorwiegend trübe und regnerisch bei ziemlich frischen westlichen Winden.

Theater.
Freitag, den 5. August.
Neues Opern-Theater (Kroll). Der Prophet. Anfang 7 Uhr.
Residens. Momentaufnahmen. Vorher: Frage an das Schicksal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Unterpräfekt. Vorher: Im Regal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Carmen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich - Wilhelmstädtisches Theater
Chausseestr. 25/26.
Abends 8 Uhr: Geheim-Buchstabe der Schauspieler-Gesellschaft.

Snissen-Theater.
34. Reichensbergerstraße 34.
Direktion: Richard Anger.
Freitag, den 5. August:
Zum 2. Male:
Seine Puppe.
Großes Volksstück mit Gesang in 3 Akten, nach dem Französischen frei bearbeitet von Max Schönan. Musik von Fritz Krause.
Die neuen Decorationen: Bilda am Wannsee und Bremerhaven sind aus den Ateliers von Franz Schulz, die Rationalkostüme aus den Werkstätten von Berch u. Fritchow.

AUSSTELLUNG am KURFÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's INDIEN
Schaustellungen In der Arena: Wochent. 6 u. 8 Uhr nachm., an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr nachm., im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig.
Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Prater-Theater,
Kastanien-Allee 7/9.
Freitag, den 5. August: Benefiz für die Orchestermitglieder.
Schloss Trauenstein.
Melodramatisches Märchen mit Gesang und Tanz in 4 Akten. Von Hugo Schütz. Musik von H. Berlin.
Spezialitäten - Personals.
Konzert und Ball. — Anf. 4 Uhr.
Entree 30 Pf., nur. Platz 50 Pf. Kalbo.

Todes-Anzeige.
Am 2. August verschied unser langjähriger Sangesbruder
Louis Müller
im 47. Lebensjahre, nach langen schweren Leiden. Die Beerdigung findet Freitag, den 5. August, 6 Uhr nachmittags von der Leichenhalle des hiesigen Kirchhofes in Friedrichstraße statt.
Um rege Theilnahme bitten
Gesangsverein „Liedesfreiheit“.

Victoria-Brauerei
Lützow-Straße 111/112 (nahe Potsdamer Platz).
Garten resp. Saal.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Wechsel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader).
Anfang präzis 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorkauf 40 Pf. Familien-Billets 2 I Markt (siehe Plakate).
Großartiges, stets wechselndes Programm!

Max Klem's Sommer-Theater,
Gartenstraße 14/15. — Artistic Director: Paul Milbits.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Alma und Hans Bellini, Mlle. Dumont, Serpentin-Tänzerin, The Mezzotto's, Karl Gursch, Tanzkomiker, Paul Frey, Humorist, Franziska Wünsch, Operettensängerin. — Neu! Das Gänsegetel. Volksstück in 2 Bildern von Johannes Sinner. — Neu! Karoline. Schwaup in 1 Akt von G. P.

Brauerei-Ausschank der Victoria-Brauerei, Stralau.
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Jeden Sonntag und Donnerstag: Großes Garten-Konzert und im elektrisch erleuchteten Meisensaal: Grosser Ball.
Die Kaffeeküche ist den geehrten Damen von 2 Uhr an ununterbrochen geöffnet. Für gute Speisen und Getränke habe ich bestens Sorge getragen. Um recht regen Zutpruch bitte hochachtungsvoll.
Karl Mittag, Delonem.
53912*

Castan's Panopticon.
Major Graf Neu!! Walsin-Estherhazy.
Neu!! Lebende Bilder dargestellt von 6 jungen schönen Damen.

Passage - Panopticon.
Théâtre-Variété.
Ohne Extra-Entree. Fahrt auf dem Golf von Neapel. Fahrt durch Konstantinopel. Neu! Alpenglühen.
Heute 25 Pf. Entree. Geöffnet v. vorn. 9 bis abds. 10 Uhr.

Die Tiliptaner.
(Direktion: Karl u. Theodor Rosenfeld.)
Zum 16. Male:
Zwei Tage Millionär.
Großes Ausstattungsspiel mit Gesang und Ballet in 11 Bildern von Robert Breitenbach.
Musik komponirt und arrangirt von Viktor Holländer.
Preise der Plätze wie gewöhnlich. Vorkauf täglich von 10-1 Uhr an der Theaterkasse. Vorkaufsbillets giltig. Morgen Sonnabend und übermorgen Sonntag nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr: Diefelbe Vorstellung. Kinder zahlen nachmittags die Hälfte.

Apollo-Theater.
Don Juan in der Hölle.
Ferner Auftreten von: Elise und Lucie, Georg Schindler, Geschw. Halasz, Mr. Zerto, Felicitas-Terzett, The 3 Franeys, Kosmograph, The Arbras.
Vor der Vorstellung: Gr. Garten-Konzert, Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Acten-Brauerei Friedrichshain früherer Vpö. Am Königsplatz.
Jeden Freitag:
Militär-Frei-Konzert der Kapelle des 5. Garde-Reg. zu Fuß in Uniform.
Anfang 7 Uhr. Jeden Freitag: Gr. Pisch-Essen, à Part. 50 Pf.

Oranien-Hallen
Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz.
Inhaber: Hermann Scholze 50592*
empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Besammlungen und Festlichkeiten.
Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.**

Schweizer Garten.
Am Königsthor, Haltestelle der Ringbahn. Am Friedrichshain, Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen. Im Saal Ball.
An Wochentagen freier Dinnentanz. Auch ist die Kaffeeküche von 3-6 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Billets zu ermäßigten Preisen in Bondlungen. Wohlwollen Vereinen empfehlen wir unser Zur Beachtung! Establishment (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sommerabends).

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Lezte Saison vor dem Abbruch.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Eine Verlobung beim Fröhlichen. Anfang: Sonntag 7, Wochnent. 8 Uhr.

Sofa-Bohle
In Ripp, Danah, Grebe, Phantasia, Gabelin und Pilsch (schön!) (49712*
Proben franco! in allen Qualitäten zu Fabrikspreisen.
Berlin S., Oranienstr., Nr. 158.
Emil Lefèvre,

Pahlmann's Vaudeville-Theater
Schönhauser Allee 148.
Berliner auf Ruba.
Bestes in 2 Bildern v. Victor-Noeder. Vollständig neues Spezial-Programm. Anf. d. Konz. 4 1/2, d. Vorst. 5 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Die Direction: Frd. Lohmann.
Von der Reise zurück 2865
Dr. Max David,
Lothringerstr. 25.
Um ein Quartett zu bilden, können sich Musikfreunde melden 2825
Stallschreiberstr. 19.
W. Fahr
Arbeitsanjüge Brunnenstr. 112.

Reichshallen-Garten-Theater.
Leipzigerstr. 77.
Neues Programm!
Familie Trapnell!
Francis Willon!
Bermer „Bund“, das sprechende Pferd und außerdem täglich um 9 1/2 Uhr:
Berlin auf Stelzen!
von W. Agoston und K. Wilhelm.
Anfang: Sonntag 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Familien-Vorkaufsbillets giltig. Bei ungünstiger Witterung im großen Theatersaal.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Berlin, wie's lebt und liebt.
Pöste mit Gesang in 5 Bildern von H. Rinderer u. J. Seib. Musik von G. Hubner-Trams.
Vorher:
Theodora.
Schwaup in 1 Akt von G. P. P. Anf. d. Vorstellung. Anfreiten von Spezialitäten. Im Saal: Tanzkränzen.

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialist f. Haut-, Genu-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten. Spr. 9-1, 4-8. Schönberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnab. 10-7, 8. Große Hamburgerstr. 20, I.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Deuthstraße 20-21:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 6. August 1898, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstr. 15:
Versammlung.

Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden auf § 3 des Statuts aufmerksam gemacht.
198/18 Der Vorstand.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umg.

Sonnabend, den 6. August, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
Oranienstraße 51 (Oranienhallen).

Tages-Ordnung:
1. Vortrag, Referent: Dr. Batkowski über: Darwinismus und Sozialismus. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom zweiten Quartal 1898. 4. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden ersucht, so schnell wie möglich mit den Sommerfest-Billets abzurechnen. 142/9
Die nächste Delegiertenversammlung findet am Montag, den 15. August, statt.
Der Vorstand.

Verein deutscher Schuhmacher (Schäftebranche)

Sonnabend, den 6. August 1898, abends 9 Uhr, bei Schiller, Rosenhägerstraße Nr. 57:
Versammlung. 170/16
Vortrag des Herrn Godlike.

Berein der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 7. August, vormittags 10 Uhr, bei Herrn Buske, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Kassenrentoren. 3. Beschlusfassung über die Vorstandsarbeiten. 4. Bericht über den Fortschritt der Arbeiten. 5. Wahl eines Ausschusses u. Lohnkommissions-Mitgliedes. 6. Verbandsangelegenheit.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand. 33/17

Achtung! Arbeiter. Achtung!

Sonntag, den 7. August 1898, vormittags 11 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Mitglieder-Versammlung des Zentralverbandes deutscher Maurer, Zahlstelle I.

Tages-Ordnung:
Abrechnung vom 2. Quartal. Bericht des Vorstandes über den zurückgestellten Punkt der vorigen Versammlung. Wahl eines Ausschusses u. Lohnkommissions-Mitgliedes. Verbandsangelegenheit.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Bevollmächtigte.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilversgehofen



Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.

Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalbt, Spezialität, 7 M. ohne Nacht, Spitze 8,50 M. Besatz u. Knopfverzierung 3,00, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
Agraffenstiefel, Besatz, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.
Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solb, kräftig, 4,50 bis 6,50 M.
Schaffstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Besatz u. Kappe, von 5,50 M. an.
Schnürschuhe, von 3,50 M. an.
Hausschuhe, von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solb gearbeitet.
zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Modern von 2,50 M. an. Größte Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. (4656)

Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.
W., Schillstraße 12.
Steinitz, Reichsstr. 14.
Hannover, Klagenmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
Margaritenstr. 5.
Bremen, Hakenstraße 75.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Rön a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 23.
München, Sendlingerstraße 10.
Dachauerstraße 83.
Landbergerstraße 7.
Gumboldtstr. 22.
Amalienstr. 28.

Für 2-3 Mark
Nette sehr groß, zu Anstandsanzügen, Nette zu Herrenanzügen, schöne Nette 7-10 M. Für 12 M. N. Nette, auch Anstandsanzüge, Paletots und Solenette so lange der Vorrath reicht.
im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.
Berufsvorbereitung sind zu haben.
Hauptstr. 171, Schulz. 2859
Bereitschaft mit Klavier nach frei Staßfurterstr. 19. 2816

Zum Bicheldorfer Sängersfest handle ich auf dem Festplatz mit Ich erlaube die Genossen mich bei ihren Einkäufen berücksichtigen zu wollen.
Frau Bartel, Charlottenburg.

Sonntag, 7. August: Dampfer-Extrajahrt nach **Teupitz.**
Abfahrt 7 Uhr morgens von der Stralauerbrücke Nr. 5, zwischen Jannowitz- und Waisenbrücke. Fahrpreis Hin- und Rückfahrt 2 M. 50 Pf.
L. Kahnt, Steinstr. 26.

Für Fabriken, Werkstätten, Kontinen etc.
Lieferung: 57212*
40/2 Pl. Export-Weißbier I. R. 3, ohne Wasserzuzug
40 Flaschen helles Lagerbier für 3 M., (von welcher Brauerei gewünscht wird).
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Eis umloist.
A. Seidler,
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin, W., Sedanstrasse No. 82.

Guckel's Zahnateliers
Lansitzer Platz 2, Elsassstr. 12, Steglitzerstrasse 71.
Bestrenommt und wohlbekannt.
Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Ratenszahlung gestattet. (Woche 1 M.)
Ausschneiden!
Dieser Kupon wird mit 1 M. angerechnet.

Institut für Zahnleidende.
Herm. Herold, Elsasserstr. 92 I. (Rosenthaler Thor).
Ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc.
Künstliche Zähne mit Garantie d. Brauchbarkeit.
Neu! Schmerzloses Zahnziehen und Plombieren!
Gebisse ohne Gummiplatte, D. R.-Patent No. 93 522.
Nur hier darf Niemand in Berlin u. Umgeg. diese patentirten Gebisse anfertigen! Jubiläumspreise! Beliebige Theilzahl! Sprechst. 9-12, 3-5.
Telephon III. 3014.

Benge vor der Noth!
Allgemeine Volks-Krankenkasse
G. S. 126.
Staatlich genehmigt für ganz Deutschl. Hauptkassenlokal:
Berlin N., Müllerstr. 174 I.
Telephon-Nr. II. 2456.
Bureaustunden 8-4 Uhr.
Kleine Beiträge!
Hohes Krankengeld!
Auch für Sonn- und Festtage wird Krankengeld gezahlt. Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung für Männer u. Frauen.
Agenten für alle Orte Deutschlands jederzeit gesucht. 59729*

Sür 36 Mark
fertige feine Anzüge nach Maß, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Maß, für 8-12 M. feine Hosen nach Maß.
Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden
Niemand sollte veräunnen,
bei Bedarf Brunnenstr. 110 (neben dem Pferdebahn-Depot) von Jgnatz Sello zu beziehen: Fein, Maitrank, 1/2 Pl. inkl. 50 Pf.; alten Nordhäuser p. Plr. 50 Pf.; best. Stonsdorfer inf. Orig. (1/2 Plr.) 80 Pf.; Halb und Halb, feinst. Vorküchling, pr. 1/2, Campagner-Mische inkl. 90 Pf.; Himbeer- u. Kirschsaff, rein und die eingesocht, per Liter 1,10 M.; süßes Ungarwein, Orig. Plr. (1/2 Liter) von 90 Pf. an, sowie feinst. Weine, Cognac, Rum und Liköre im Einzelverkauf, auch etwagemessen nur zu Engrospreisen. Billigste Bedienung. Bitte genau auf No. 110, Brunnenstr. No. 110 zu achten. 51479*

Import. Export. Engros. Versand.
Cigarren
Die zahlreichen Nachbestellungen, die uns fortgesetzt aus dem Leserkreise dieser Zeitung zugehen, beweisen uns, dass unsere Bestrebungen, für mässige Preise gute Qualitäten zu liefern, volle Anerkennung gefunden haben. Wir empfehlen heute als besonders beliebt:
100 Stück **Flor de Lopez** Mk. 2,50.
100 Stück **Regina** Mk. 3,75

Goldonkel No. 4	Mk. 2,80	Marke Manila I	Mk. 3,50	Tabakspant	Mk. 4,50
Achtung präsentirt	2,90	dieselbe, 300 St. franko	10,-	Mexikanos	5,-
Concordia (Bock-Façon)	3,30	Casino No. 19	4,-	Perla de St. Felix	5,50
Marke Suprema	3,50	dieselbe, 300 St. franko	11,-	Irene, feinsthumig	6,-

Denjenigen Rauchern, die keinerlei Werth auf das Aeusserere einer Cigarre legen, sondern lediglich auf Qualität sehen, empfehlen wir unsere nachstehenden

Ausschuss-Sorten,
welche ca. 20 % billiger als die rein sortirten Farben sind:
Ausschuss No. 13 Mk. 2,50
Ausschuss S I 3,80
Sumatra-Felix, unsortirt Mk. 4,50
Ausschuss III B 5,-
zu Mk. 1,50 per 100 Stück, hiervon 500 Stück Mk. 7,- franko; ferner 100 Stück zu Mk. 2,-, 2,50, 3,30, 4,50.
Ausführliche Preisliste versenden wir auf Wunsch.
Versand nicht unter 100 Stück von einer Sorte gegen Nachnahme, von 300 Stück an portofrei. Bei 1000 Stück 5 % Rabatt.
Nicht Zesagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück.
Cigaretten zu 70 Pf., Mk. 1,-, 1,20, 1,50, 2,-, 2,40, 3,- per 100 Stück mit oder ohne Mundstück, von 1000 Stück an franko.
Für Wiederverkäufer
bewährte Qualitäten zu Mk. 23,-, 25,-, 28,-, 30,-, 33,-, 35,-, 40,- etc. per Mille.
Rauscher & Fabisch, Fabrik-Lager Berlin NW. 7,
Friedrichstrasse 94, Hof Portal 3, gegenüber Central-Hotel.

Spandau.
Zum Sängersfest in Bicheldorf empfehle den Sangesbrüdern, Partisengenossen und Fremden mein
Restaurant mit Garten.
Speisen u. Getränke in anerkannter Güte. Großer Mittagstisch.
G. Feuerherd, Scharje-Laufel,
am Eingang zu Bicheldorf.

Spandau.
Klitzsch's Restaurant,
Bicheldorferstr. 103.
Weiß- und Baitr. Bier. **Grosser Mittagstisch.** Franz. Billard.
Spandau. Bismarck-„Zum Fallhammer“, strasse 6. Restaurant mit Vereinszimmer.
Franz. Billard. Gute Speisen und Getränke. Allen Partisengen u. Fremden bestens empfohlen. **H. Ducksch.**

Spandau.
Ww. Golz, Bicheldorfer,
Krahe 108.
Weiß- und Baitr. Bier. Lokal. Frühstücks u. Mittagstisch. Fr. Billard.
Spandau.
O. Halleker, Krobenstr. 12,
Weiß- und Baitr. Bier. Lokal. bringt sich den Freunden und Partisengenossen zum Sängersfest in freundschaftliche Erinnerung.

Spandau.
G. Wehr,
Bicheldorferstr. 39.
Saal mit großen Rednerbühnen und Garten.
Mittagstisch, gute Speisen und Getränke, freundliche Bedienung.

Spandau.
Gigarren- und Tabakhandlung
von **A. Schröder, Bismarckstr. 6.**
Vorsichtige 5 u. 6 Pf.-Cigarren, Cigaretten in allen Preislagen, Cigarrenspitzen.

Achtung! Elektrotechnik.
Zu dem am Montag, den 8. 8. 98 beginnenden Abendkurs zur Ausbildung von Elektromonteuern, Installateuren, Maschinen und Bureau etc. sind noch einige Plätze frei und werden strebsame Herren zur Theilnahme eingeladen. Vorkenntnisse nicht nöthig. — Man verlange Prospekt. Dauer sechs Monate — monatlich 6 M.
Anmeldung schnellstens bis 9 Uhr abends
Lehranstalt „Elektra“
Prinzenstr. 55.

Zum Verlage der **Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co.** in Hamburg ist eben erschienen und von derselben zu beziehen:
Der Neue Welt-Kalender für 1899.
Dreiwanzigjähriger Jahrgang. Reich illustirt.
Preis 10 Pfennige.
Bei Einzelbezug erbiten wir Einzahlung des Betrages in deutschen Briefmarken nebst 10 Pf. für Porto.

Inhalt:
Kalendarium — Vokalisches — Allerlei Sonett — Rückbl. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Förster Ruhland. Von W. v. Holz (mit Illustrationen). — Anno 1849. Aus der Schweizer Miltlingzeit. Von W. v. Holz. — Alte und neue Telegraphie. Von Dr. S. Borchard (mit Illustrationen). — Wiegand. Gedicht von Ludwig Velsen. — Seine Wäffen. Von Franz Kahler (mit Illustrationen). — Proletariats Tod. Gedicht von Ludwig Velsen. — Karl Grillenburger. Von I. A. (mit Portrait). — Ein Wunderwerk der Technik. Die Eisenbahnbrücke bei Wägen. Von A. G. (mit Illustr.). — Freund- und Lehnworte als Sprachbedürfnis. Von E. Schöndorf. — Fest kommt er! Von Börje Jansen. — Eleonor Marg. Von W. v. Holz (mit Portrait). — Klondike und die Goldsucher. Von Max Schöpel (mit Illustration). — Die schlimmste Geschichte. Von Börje Jansen. — Wichtiges und Falsches in der Vainrheilunde. — Von Dr. E. Schneider. — Der Kampf der englischen Maschinenbauer. Von Hugo Voegtl. — Wahrheit. Von Börje Jansen. — Schlagende Wetter. Gedicht vom Schwem von Bremen. — Fliegende Blätter. — Für unsere Käseheiler. — Aufzählungen der Nöthel. — Trübsalstis und Brütelender. — Hierzu vier Kupfer: Nach der Arbeit. — Heimathlos. — Wirtshaus an der Landstraße. — Ein guter Tropfen, ein süßes Lied. — Ein farbliches Bild: Genesung. — Ein Wandkalender.
Zu beziehen durch die **Buchhandlung Vorwärts**
Berlin S. W., Deuthstraße 2.

Wirthshaus zum Glühlichter!
Brandenburgstr. 54.
empfehle reichhaltige Frühstück, Mittag- u. Abendbrot, H. Weine und Biere, Gesellschafts- u. amier, Billard, Piano, zahlr. Zeitungen.
57112* **Max Pönitz.**

R. Radke's Restaurant,
Reinholdstr. 5, mit feinem Saal, Refectoirlokal b. Gewerkschaften, Frühstück und Mittagstisch, Weiß- und Baitr. Bier. Fremdlischer Aufenthalt.
R. Radke.

Achtung! Vereine!
Vereinshaus „Süd-Ost“
Waldemarstr. 75.
Im August u. September sind noch einige Sommerabende unter sonstigen Bedingungen zu bezah.

9 Pfund 6 Mt.
Butter
K. Roth,
Driedig i. Schl.

Arbeitsmarkt.
Möbelpolirer.

Bei Peters, Prinzenstr. 86, sind Lohnforderungen ausgedröcken. Im Bezug fernzuhalten ersucht d. Vorstand d. Verbandes.

Gejanglehrer
gesucht
für Sonnabend-Redungen erbitte abends nach 7 Uhr bei Schmidt, Röhrenstr. 5. 2576

1 tüchtiger Hammerarbeiter,
1 tüchtiger Schleifer,
1 Arbeiter auf leichte Messerschalen,
1 Silberarbeiter auf leichte Messerschalen, der auch das Ausbeulen versteht,
1 Goldpolirer (bauende Stellung),
1 Ritter, der auch kleine Silber-Reparaturen ausfertigen kann,
1 Goldarbeiter auf Reparaturen, der graviren kann.
Arbeitsnachw. deutsch. Goldschmiede, Dolgenstr. 8. 72/4

Wäsche-Arbeiterinnen
für billige und bessere Verweh verlangt mit Probe-Arbeit. 2845
Arnsohn, Gertraudenstr. 28.

Stotte Schriftmaler
verl. Julius Lazarus, Wierandtenstraße 118a. Redungen 8-10. (2776)
Geächte Knopflocherarbeiten auf Oberhemden werden verlangt (2806)
Baderstr. 49, Hof 3 Tr., links.

Tüchtige Farbmalger
sind dauernd lohnende Beschäftigung bei **C. Barthel's, Goldschmiedefabrik, Gr. Frankfurterstr. 84.** (2838)
Vertheilungsberechtigten sofort verlangt Goldschmiedefabrik Bismarckstr. 4. (2776)

Karionarbeiterinnen (2856)
verlangt in d. r. S., Wägenstraße 7.
Bergpolirer-Weibchen u. seine Posturen verli. Müller, Grilmer Weg 56.

Geldschrankschlosser,
selbständig arbeitend, in neuerer Bauart besonders, findet dauernd lohnende Stellung. Offerten unter **J. 93,** Postamt 58. 2876